

Centre International de Formation Européenne
Institut Européen des Hautes Études Internationales

Studienjahr 2002/2003

Diplomarbeit zum Thema:

*Die Politik der Republik Polen und Republik Litauen
gegenüber Weissrussland und Kaliningrad (Russland) als
Modell für die zukünftige Ostpolitik der EU*

Vorgelegt von:

Marzena Oœci³owska

Diese Diplomarbeit wurde geschrieben unter der Beratung von

Ragnar Leunig

Stellvertretender Direktor der Europäischen Staatsbürger Akademie

Nice, den 23. Mai 2003

Inhaltsverzeichnis

1	<i>Einleitung</i>	3
2	<i>Geopolitische Situation in der Region</i>	7
2.1	Polen und Litauen als Mitglieder der westlichen Strukturen	7
2.1.1	Die Unterschiede in den Prioritäten der Ostpolitik Polens und Litauens	8
2.1.2	Fenster nach Westen für die östlichen Länder	10
2.2	Die Lage Kaliningrads	12
2.2.1	Geopolitische Bedingungen.....	12
2.2.2	Gegenwärtige ökonomische und soziale Situation. Vergessenes Gebiet?.....	14
2.2.3	Die Einstellung Russlands zur Erweiterung der EU und der NATO.....	17
2.3	Die Lage Weissrusslands	18
2.3.1	Geopolitische Situation.....	18
2.3.2	Sozio – ökonomische Situation.....	20
2.3.3	<i>Russia first</i> Politik	22
2.3.4	Einstellung Weissrusslands zu den europäischen Strukturen.....	23
3	<i>Die Ostpolitik der EU- Beitrittskandidaten – Polen und Litauen gegenüber Weissrussland</i>	25
3.1	Die Geburt der bilateralen Beziehungen (1990 – 1994)	25
3.2	Bilaterale Beziehungen nach 1994	30
3.3	Einfluss der letzten Ereignissen in Weissrussland auf die Ostpolitik seiner Nachbarn	33
3.4	Positiv zu bewerten – grenzüberschreitende Zusammenarbeit	38
3.5	Gefahren in der nahen Zukunft	42
3.6	Zwischenfazit	44
4	<i>Die Ostpolitik gegenüber Kaliningrad</i>	46
4.1	EU-Politik gegenüber Kaliningrad.....	46
4.2	Politik Litauens	50
4.3	Politik Polens im Oblast. Hat Polen Kaliningrad vergessen?	54
4.4	Bewertung	60
5	<i>Perspektiven</i>	62
6	<i>Zusammenfassung</i>	69
7	<i>Literaturverzeichnis</i>	72

1 Einleitung

Nach der schon vor der Tür stehenden Osterweiterung wird die Europäische Union direkt an Weissrussland, Russland und die Ukraine angrenzen. Nach dem späteren EU- Beitritt Rumäniens wird noch Moldova dazu stossen. Die EU wird diese Staaten weder integrieren noch grundsätzlich ausschliessen können. Trotz einzelner Reformfortschritte entspricht die Transformation Russlands, Weissrusslands und der Ukraine nur bedingt europäischen Standards. Die Europäische Union, die EU- Beitrittskandidaten und ihre Nachbarstaaten sind dazu herausgefordert, eine für die Nachbarn attraktive und für die EU realistische Nachbarschaftspolitik zu entwickeln.

Es scheint, dass die EU- Beitrittsländer eine wichtige Rolle zu spielen haben, wenn es um die Entwicklung einer gemeinsamen europäischen Ostpolitik geht. Insbesondere wird hier an Polen und Litauen gedacht. Seit dem Zerfall der Sowjetunion und dem Abzug der russischen Truppen aus den Territorien dieser Staaten, richten sich die Prioritäten der polnischen und litauischen Aussenpolitik auf ihre Integration in die westlichen Kooperationsstrukturen, insbesondere in die Europäische Union, und im Falle Litauens – in die NATO. Neben den Problemen der Westintegration beschäftigt die polnische und litauische Aussenpolitik die Frage des Verhältnisses zu den östlichen Nachbarn. Der Begriff „Ostpolitik“ muss dabei in bezug auf Polen erklärt werden. Wird für Polen unter „Ostpolitik“ die Politik gegenüber den östlich der Grenzen gelegenen Staaten verstanden, so ergeben sich Paradoxa. An den wichtigsten östlich liegenden Staat, Russland, grenzt Polen nur im Norden, an das Gebiet Kaliningrad. Für die anderen drei östlich der polnischen Grenzen gelegenen Länder ergeben sich unterschiedliche Perspektiven. Litauen wird in absehbarer Zeit EU- und NATO- Mitglied werden. Es ressortiert daher im polnischen Aussenministerium trotz seiner geographischen Lage schon unter „Westeuropa“. Also betrifft der Begriff „Ostpolitik“ in der polnischen Meinung Weissrussland, Russland (auch Kaliningrad), die Ukraine und in weiterer Perspektive auch Moldova. Dieselbe Bedeutung des Begriffs wird in der litauischen Aussenpolitik sichtbar.

Die Republik Polen ist das grösste EU- Beitrittsland und gilt in der Region als Vorreiter der Reformen. Die polnische Transformation nach 1990 wird oft als Beispiel des Erfolgs auf dem Wege in die Demokratie dargestellt. Die Republik Litauen, obwohl klein, ist wegen ihrer geographischen Lage und zukünftigen Rolle als Transitland für Personen- und Warenverkehr zwischen dem Kaliningrader Oblast und seinem Kernland, sowie wegen seiner besonderen wirtschaftlichen Beziehungen zu Weissrussland sehr aktiv, wenn es um Ausarbeitung der östlichen Strategie der EU geht. Vorteilhaft ist ausserdem, dass die zukünftigen EU- Mitglieder nicht nur die besondere Erfahrung und das Wissen über Transformationsprozesse in den östlichen Ländern haben, sondern auch gute Kontakte mit ihnen (jedenfalls viel bessere als die EU) und ihr Vertrauen. Die Ähnlichkeit der Sprachen, Kulturen, der gemeinsamen Geschichte, sowie die geographische Nähe macht die Kooperation zwischen diesen Ländern zu einer selbstverständlichen Notwendigkeit.

In der folgenden Arbeit wird die Ostpolitik der EU-Beitrittskandidaten Polen und Litauen gegenüber Weissrussland und Kaliningrad dargestellt. Die Untersuchung wird auf diese zwei Akteure beschränkt, weil die beiden Beitrittsländer geographisch an sie angrenzen. Ausserdem sind die Beziehungen der EU sowie Polens und Litauens zu der Republik Weissrussland als letzter Bastion des Autoritarismus in Europa nicht einfach und deswegen interessant. Die EU hat 1996, nach der Einführung des autoritären Regimes durch den Präsidenten Lukaschenka ihre Kontakte und finanzielle Hilfe für Weissrussland auf Minimum beschränkt. Seit dieser Zeit hatte sie keine konstruktive Strategie gegenüber der ehemaligen Sowjetrepublik. Ähnliche Einstellungen haben auch andere internationale Organisationen, wie die OSZE, der Europarat oder die NATO. Im Gegensatz dazu können Warschau und Vilnius als Beispiel anderer Beziehungen zu Minsk dargestellt werden.

Was den Kaliningrader Oblast betrifft, wird die russische Exklave, die an Polen und Litauen grenzt, zu einer Enklave in der EU werden. Sie wird von ihrem Mutterland durch das Territorium der EU völlig abgetrennt sein. Die Zukunft des armen Oblasts, wo cirka 950.000 Bürger wohnen, bereitet viele

Schwierigkeiten in den EU-Beziehungen zur Russischen Föderation. Die Gespräche zwischen den beiden Seiten finden immer stärkere internationale Beachtung und, insbesondere im letzten Jahr bezüglich der Visumsdebatte, haben sie schrille Töne verursacht. Die EU und die Beitrittskandidaten, die an den Oblast grenzen, haben jedoch ein hohes Interesse an einem stabilen, prosperierenden und von Kriminalität, Epidemien und Armut freien Kaliningrad.

In der Arbeit wird versucht zu begründen, warum die neuen EU- Mitglieder Polen und Litauen einen erheblichen Einfluss auf die Ausarbeitung der gemeinsamen europäischen Strategie gegenüber östlichen Nachbarstaaten haben sollten. Erfahrung und Wissen im Umgang mit den Nachbarn wurden über Jahre hinweg erworben. Das politische Engagement von Regierungen NGOs in der Region, auch unter wirtschaftlichen und sozialen Aspekten, prädestinieren die beiden Staaten zu einer Vorreiterrolle in der Gestaltung einer neuen Ostpolitik der EU. Um die gegenwärtige Situation besser verstehen zu können, werden zu Beginn die politische und ökonomische Lage in den beiden EU- Beitrittsstaaten sowie in Weissrussland und im Kaliningrader Oblast dargestellt. Ausserdem werden die sozialen Schwierigkeiten berücksichtigt, mit denen sich die ehemalige Sowjetrepublik und die russische Exklave zu befassen haben.

Das dritte Kapitel behandelt die Beziehungen Polens und Litauens zu Weissrussland. Hier wird die Anknüpfung der politischen und ökonomischen Verhältnisse zwischen den drei Staaten beschrieben, sowie der ursprüngliche Versuch der weissrussischen Führung der Demokratisierung im Land behandelt. Die Gestaltung der bilateralen polnisch- und litauisch- weissrussischen Beziehungen angesichts der politischen Änderungen nach der Machtübernahme Lukaschenkas und unter der Berücksichtigung der Situation der nationalen Minderheiten werden gleichfalls skizziert. Das Engagement Polens und Litauens wird auch durch die Aktivität der NGOs, grenzüberschreitende Kooperation und Gestaltung der Euroregionen betont sowie durch den Versuch, die negativen Folgen der Visumseinführung für Weissrussland zu vermeiden.

Es folgt eine ähnliche Darstellung der Ostpolitik der beiden Staaten im

Kaliningrader Bezirk, wobei auch die Aktivität der EU berücksichtigt wird, die sich in die Entwicklung des Oblasts und Lösung des Visumsproblems lebhaft engagiert hat. Als letztes werden die Perspektiven und die durch Polen und Litauen vorgeschlagenen Möglichkeiten einer Ausarbeitung einer neuen EU-Ostpolitik und Strategie in bezug auf „direkte Nachbarschaft“ dargestellt. Darüber hinaus werden auch mögliche Szenarien für die Zukunft Weissrusslands und Kaliningrads nach der EU- Osterweiterung berücksichtigt.

2 Geopolitische Situation in der Region

2.1 Polen und Litauen als Mitglieder der westlichen Strukturen

Wenn über die geopolitische Lage der Region, insbesondere die zwei EU-Beitrittskandidaten, – Polen und Litauen, gesprochen wird, soll die Asymmetrie erwähnt werden, die das Verhältnis zwischen ihnen gekennzeichnet. Polen steht als der grösste EU-Beitrittsstaat mit 38.5 Millionen Einwohnern und einem Territorium von 312 Tausend qkm ein Juniorpartner Litauen mit 3.5 Millionen Einwohnern und einem Staatsgebiet von 65 Tausend qkm gegenüber. Zweifelsohne spielt diese Asymmetrie eine Rolle, wenn es um potentielle Möglichkeiten des Ausmasses des politischen Engagements in der Region geht.

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts wird die aussenpolitische Situation Polens und Litauens dadurch bestimmt, dass die Länder ein Teil des politischen Westens werden. Damit ist der bevorstehender Beitritt der beiden Staaten zur EU als auch der Beitritt der Republik Litauen zur NATO gemeint (Polen genießt die Mitgliedschaft in der NATO seit 1999). Am Ende des Jahres 2002 wurde der Beitritt von zehn Staaten, darunter auch Polen und Litauen, mit der Europäischen Union in Kopenhagen feierlich beschlossen. Damit hat letzte Etappe der fünften Erweiterungsrunde begonnen: Die Kandidatenstaaten werden zu vollen Mitgliedern der Gemeinschaft im Jahre 2004. Litauen wurde bereits in die NATO eingeladen und wird in der nächsten Erweiterungsrunde zusammen mit den beiden anderen baltischen Republiken in das Nordatlantische Bündnis aufgenommen werden. Dies bedeutet eine enorme Änderung der geopolitischen Situation in der Region. Die beiden EU-Kandidaten werden nicht mehr „Zwischeneuropa“¹ oder eine so gennante Grauzone bilden, in der politischer Druck und Pressionen aus Ost und West wirksam sind. Dadurch ändert sich ihre politische Aufgabe. Sie wird nicht mehr Vermittlung zwischen

¹ Klaus Ziemer, *Osten ist nicht gleich Osten. Die Beziehungen Polens zur Ukraine, zu Weissrussland und Litauen*, in: Klaus Ziemer, (Hrsg.), *Schwierige Nachbarschaften: die Ostpolitik der Staaten Ostmitteleuropas seit 1989*, Verl. Herder-Institut, Marburg 2001, S. 74;

dem Westen und den eigenen östlichen Nachbarn, sondern die Mitgestaltung der Politik des Westens gegenüber den östlich ihrer Grenzen liegenden Staaten sein.

Heute ist Polen ein besonderer Fürsprecher für die Aufnahme Litauens in die EU und die NATO. Mit ihrer im Jahr 1990 erklärten Unabhängigkeit gewann Litauen für Polen eine neue geostrategische Bedeutung als Bindeglied zu den baltischen Staaten und dem nördlichen Ostseeraum. In den 90er Jahren hat sich die Zusammenarbeit sehr dynamisch entwickelt. Unter anderem wurde im Jahre 1995 der Vertrag über die Zusammenarbeit im Grenzgebiet geschlossen, der die Vision der polnisch – litauischen Grenze als einer EU- Binnengrenze entfaltet und die Infrastruktur bei der Grenzabfertigung verbessert hat. Darüber hinaus wurde zu dieser Zeit ein gemeinsames Bataillon LITPOLBALT eingerichtet, das im Kosovo eingesetzt wurde. Nach Meinung mancher Kommentatoren hat Polen über dieses Bataillon Litauen ein Fenster in Richtung NATO geöffnet.² Ausserdem haben die politischen Führungen beider Seiten zugesichert, sich einander beim NATO- Beitritt zu unterstützen und Konsultationen auf allen Ebenen zu führen.³

2.1.1 Die Unterschiede in den Prioritäten der Ostpolitik Polens und Litauens

In dieser Arbeit werden die Verhältnisse Polens und Litauens zu Weissrussland und Kaliningrad untersucht. Jedoch muss zu Beginn erwähnt werden, dass die beiden Staaten in ihrer jeweiligen Aussenpolitik gegenüber den östlichen Nachbarn unterschiedliche Prioritäten setzen. Für beide zukünftigen EU-Mitglieder sind natürlich die Beziehungen zu Russland wichtig. Geographisch haben die Länder mit der Russischen Föderation nur durch Gebiet Kaliningrad gemeinsame Grenzen. Insbesondere in den letzten Jahren war Litauen mehr aktiv und effektiv als Polen, wenn es sich um die Beziehungen zu Russland handelt. Als zukünftiges Transitland für den Personen- und Warenverkehr zwischen Kaliningrad und seinem Mutterland hat Litauen schon viele Initiativen unternommen (z.B. Nida Initiative) und aktiv auf verschiedenen Ebenen

² Vgl. Ziemer, S. 74;

³ Valionis et al., S. 20;

zusammen mit der EU oder russischen Partnern gearbeitet. Polen ist es dagegen gelungen zu vermeiden, dass der Staat als Transitland anerkannt wird.⁴ Zusätzlich, oder sogar vor allem besteht das Hauptinteresse Litauens in den Beziehungen mit Russland darin, den *Status quo* eines unabhängigen Staates zu verankern. Dabei möchte die baltische Republik die Russische Föderation bewegen, sie nicht als vorübergehend verlorenes Gebiet zu betrachten, sondern als endgültig anderen Staat.⁵

Diese Unterschiede in den Prioritäten der Ostpolitik Litauens und Polens sind in ihren Verhältnissen zu anderen östlichen Nachbarn auch deutlich zu sehen. Im Fall Litauens erhält man ein vollständiges Bild seiner Ostpolitik erst wenn die Beziehungen mit Weissrussland einbezogen werden. Dieses Land ist neben Russland als nahes Nachbarland mit einer langen gemeinsamen Staatsgrenze für die Republik Litauen besonders wichtig. Die Rolle der ehemaligen Sowjetrepublik sowie die Entwicklung der bilateralen Zusammenarbeit und Einbeziehung Weissrusslands in eine regionale Kooperation wird sehr oft durch die politischen Führungen in Litauen betont.⁶

Was polnische Verhältnisse zu Russland angeht, überwiegt gegenwärtig unter polnischen politischen Eliten eine Neigung zu einer *non Russia first policy*. Keinesfalls wird aber die Zusammenarbeit mit Russland ausgeschlossen, auch wenn Unberechenbarkeit und Unzuverlässigkeit befürchtet. Zwar hat Polen keine vergleichbare Probleme zu den oben genannten litauischen, aber immer besteht die Gefahr der Möglichkeit der Auferstehung russischer imperialer Aspirationen, insbesondere wenn man die russische Absicht des Aufbaus einen *cordon sanitaire* um die Grenzen in Betracht zieht, der sie von Europa trennen soll.⁷ Ausserdem, im Gegensatz zu Litauen, grenzt Polen im Osten nicht nur an Weissrussland, sondern auch an die Ukraine. Gegenwärtig steht die Ukraine im

⁴ Aussenministerium der Republik Polen, *Sprawozdanie z realizacji zadań polskiej polityki zagranicznej w 2002 roku*, [Bericht von der Realisierung der Aufgaben der polnischen Aussenpolitik im Jahre 2002], Warszawa 2003, unter: www.msz.gov.pl/start.php?page=1130700000, S. 8;

⁵ Gediminas Vitkus, *Die litauische Ostpolitik – Grundsätze und Probleme*, in: Osteuropa 9/10/2002, S. 1259;

⁶ Vgl. z.B., Aussenministerium der Republik Litauen, *Programme of the government of the Republic of Lithuania for 2001 – 2004*, unter : www.urm.lt/data/2/EF8475732_vyrians-e.htm;

Mittelpunkt der polnischen Interessen. Die Ursache dieser Konstellation ist, dass die Ukraine entschieden ihre Unabhängigkeit verteidigt, während sich Weissrussland auf eine enge Integration mit Russland konzentriert. Eine stabile unabhängige Ukraine ist wichtig nicht nur für Polen, sie hätte Konsequenzen für **die Sicherheit in der ganzen Region, sowie, laut Zbigniew Brzeziński, würde** sie es unwahrscheinlich machen, dass Russland zu imperialen Traditionen zurückkehrt.⁸ Dieselbe Bedeutung für die Region hätte natürlich eine unabhängige Republik Weissrussland, aber in der gegenwärtigen Situation, ist es unwahrscheinlich, dass Weissrussland seinen aussenpolitischen Kurs ändern und sich in Richtung Westeuropas wenden würde.

Trotz der Unterschieden in den Prioritäten der Ostpolitik Litauens und Polens in bezug auf ihre östliche Nachbarn werden in dieser Arbeit nur die Verhältnisse der EU- Beitrittskandidaten zu Kaliningrad (Russland) und Weissrussland in Betracht gezogen. Dies scheint angemessen, denn sowohl Polen als auch Litauen grenzen an beide östliche Staaten. Die Beziehungen zur Ukraine werden nicht berücksichtigt, weil sie mit Litauen keine gemeinsame Staatsgrenze hat.

2.1.2 Fenster nach Westen für die östlichen Länder

Zweifelsohne kann man feststellen, dass Polen und Litauen als zukünftige EU-Mitglieder und Polen als NATO- Mitglied in der Region am weitesten fortgeschritten sind, wenn es um Transformation des Systems, Stabilisierung der Demokratie und Marktwirtschaft geht. Insbesondere bietet Polen für Weissrussen und Ukrainer ein Schaufenster für eine gelungene Systemtransformation. Dieses Land gilt als Vorreiter der Reformen in der ganzen Ostsee – Schwarzmeer – Region. Der polnische Präsident Aleksander **Kwasniewski (im Amt seit 1995) greift selbst sehr aktiv in die polnische** Aussenpolitik ein und verfolgt die von ihm favorisierten Ziele, darunter auch

⁷ Vgl. Wojciech Maziarski, *Gdzie jest mój sąsiad?* [Wo ist mein Nachbar?] in: Gazeta Wyborcza von 6/7.01/2001 und Sebastian Gerhardt, *Der polnische Streit um die richtige Ostpolitik* in: Osteuropa 8/2001, S. 914;

⁸ *Dla kogo Europa mówi po polsku?* [Für wen spricht Europa auf Polnisch?] in: Rzeczpospolita vom 24.06.2000;

eine Brückenfunktion Polens zwischen Ost und West. Der Zwölf-Staaten⁹-Gipfel zum Thema „Koexistenz zwischen Menschen und gutnachbarschaftliche Beziehungen als Garant der Sicherheit und Stabilität in Europa“, der 1997 in Vilnius stattfand, wurde von ihm und vom litauischen Präsidenten Algirdas Brazauskas initiiert und hat deutlich diese selbständige Rolle des polnischen Präsidenten gezeigt. Auf seine Anregung unterstrich das Gipfeltreffen die Verbesserung der Beziehungen zur Ukraine, betonte auch einen geduldigen Dialog mit Weissrussland und befasste sich mit der Einbindung der baltischen Staaten in den Westen bei gleichbleibend guten Beziehungen mit Russland.¹⁰

Einen Vorbildcharakter für die östlichen Nachbarstaaten hat auch die grenzüberschreitende Zusammenarbeit Polens mit seinen westlichen Nachbarn, insbesondere mit Deutschland (z.B. Euroregionen – Pro Europa Viadrina, Spree – Neisse – Bober, Pomerania, Neisse, Programm „Jugendwerk“ – deutsch – polnische Zusammenarbeit der Jugend, oder europäische Universität Viadrina in Frankfurt an der Oder). Zwar sind auch an Polens Ostgrenze die ersten Euroregionen entstanden (z.B. Euroregion Bug 1995), aber die Zusammenarbeit steckt meistens noch in den Anfängen. Das zeigt aber eindeutig, dass die polnische Ostgrenze in der Zukunft für grenzüberschreitende Kooperation offen sein wird.

Unter den östlichen Ländern nutzt insbesondere die Ukraine die polnische Erfahrung und Hilfsbereitschaft, denn das Interesse an Europa macht Polen für sie sehr attraktiv. Die Kontakte Weissrusslands zu Polen könnten besonders wertvoll und zukunftsfruchtig sein. Leider nutzt das Land die polnische geopolitische Lage nicht in gleichem Ausmass wie die Ukraine. Als hemmender Faktor in der regionalen Zusammenarbeit erweisen sich die undemokratischen Verhältnisse in Weissrussland. Man muß unbedingt dies Problem lösen, damit sich weitere Möglichkeiten eröffnen können. Polen könnte dann als Lokomotive gesehen werden, die den weissrussischen Waggon nach

⁹ Teilgenommen haben die Präsidenten von Litauen, Polen, Weissrussland, Bulgarien, Ungarn, Lettland, Moldau, Rumänien, Finland, Ukraine und Estland, sowie der Premierminister der Russischen Föderation;

¹⁰ Stefan Garsztecki, *Die Aussenpolitik der polnischen Regierung. Kontinuität in Richtung Europa*, in: Osteuropa 11/12/1998, S. 1151;

Europa zieht.¹¹

Wenn sich die östlichen Nachbarn Litauens und Polens in Richtung Westen orientieren würden, könnten sie die Vorteile dieser beiden Staaten als Mitglieder der westlichen Strukturen, der EU und der NATO, nutzen und auf ihrer Erfahrung aufbauen.

2.2 Die Lage Kaliningrads

Der russische Verwaltungsbezirk (Oblast) Kaliningrad ist das westlichste und eines der kleinsten (15100 qkm) Gebiete Russlands. Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion ist es eine russische Exklave, denn im Nordosten grenzt es an Litauen und im Süden an Polen. Mit einer EU-Mitgliedschaft dieser beiden Nachbarstaaten und mit dem NATO- Beitritt Litauens wird das Kaliningrader Gebiet zu einer Enklave innerhalb der Europäischen Union, sozusagen eine russische Insel im NATO- und EU-Binnenmeer. Von dem am nächsten gelegenen russischen Territorium ist die Exklave cirka 400 km und von Moskau 1289 km entfernt. Um ihre geopolitische besondere Lage zu verdeutlichen, muß man sich klar machen, dass z.B. Vilnius 350 km, Warschau 400 km und Berlin 600 km entfernt liegen.

2.2.1 Geopolitische Bedingungen

Der Bezirk Kaliningrad unterscheidet sich von den anderen Regionen Russlands vor allem darin, dass er sich als ein Gebiet von Umsiedlern entwickelt hat. Die Besiedlung des Bezirks mit den Umsiedlern aus anderen Regionen der UdSSR begann schon im Jahre 1945. Bis zum Jahr 1951 wurden mehr als 100.000 Deutschen aus dem früheren Ostpreußen ausgesiedelt. Von den ungefähr 950.000 Einwohnern des Bezirks leben 424.000 in der Hauptstadt Kaliningrad (früher Königsberg). Ungefähr 77 Prozent der Bürger wohnen in den Städten

¹¹ Anatol' Ljabez'dz'ka, Aktuelle Analysen: Zur aussenpolitischen Konzeption der demokratischen Opposition in Belarus, Teil 2: *Belarus im euro – atlantischen Kontext*, Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln 1998, S. 2;

und nur 23 Prozent auf dem Land.¹² Es ist bemerkenswert, dass die Bevölkerung in Kaliningrad durch den Migrationcharakter gekennzeichnet war und immer noch ist (in den 90er Jahren, nach dem Zusammenbruch der UdSSR sind mehr Menschen nach Kaliningrad gekommen, als ausgewandert sind). Das hat zunächst zu einer Ansammlung einander fremder Menschen geführt und damit kann man zumindest teilweise erklären, warum es im Oblast so viele Fälle von Kriminalität, Scheidungen, Selbstmorden und Alkoholismus gibt.¹³ Es fehlt an der „sozialen Kontrolle“ die in langfristig und stabil gewachsenen Gemeinschaften und Nachbarschaften stärker wäre.

Wichtig ist auch die Militärpräsenz in Kaliningrad. Die Exklave war bis 1991 als militärische Sperrzone für Privatpersonen und Touristen nicht zugänglich. Bis in die Mitte der 90er Jahre diente der Oblast als Durchgangsstation für Streitkräfte der Roten Armee, die sich aus den Satellitenstaaten zurückgezogen hatten. Im Rahmen der Reform in den Jahren 1997-98 wurden die Mehrheit der Verwaltungsstrukturen sowie ein Teil der Landarmee abgeschafft. Kaliningrad verlor seinen Status als eigener Militärbezirk und wurde dem Leningrader Militärdistrikt unterstellt. Bis heute ist die Zahl der Militärangehörigen in Kaliningrad um 75% gesunken.

Was die politische Szene im Oblast betrifft, ist die sogenannte Gouverneursverwaltung das wichtigste und mächtigste Zentrum. Alle wichtigen Abstimmungen steuert sie mittels politischen Drucks oder „Bestechungsgeld“.¹⁴ Seit dem Jahr 2000 ist Admiral Wladimir Jegorow, der frühere Kommandant der baltischen Flotte, der Gouverneur in Kaliningrad. Er gilt als reformorientierter Pragmatiker, offen für enge Beziehungen zu den Nachbarstaaten im Ostseeraum und auch zur EU.¹⁵ Die Bevölkerung betrachtet ihn als einen Hoffnungsträger, als jemanden, der die Region in den Wohlstand führen könnte. Es hängt von ihm ab, Moskau zu überzeugen, pragmatisch zu sein und mit dem Westen zu

¹² Main S.J., S. 6;

¹³ Oldberg I., „The Emergence of the Kaliningrad Oblast“, in: Cooperation and Conflict 3/2000, S. 271;

¹⁴ Cichocki B. / Pelczynska-Nalecz. K. / Wilk A., „Obwod kaliningradzki w kontekście rozszerzenia Unii Europejskiej“, Osrodek Studiów Wschodnich (Centre for Eastern Studies), unter: <http://www.osw.waw.pl/>; Warszawa 2001, S. 7;

¹⁵ Timmermann H., „Die russische Exklave Kaliningrad im Kontext regionaler Kooperation“, S. 23;

kooperieren. Das Problem bleibt jedoch der Verwaltungsapparat des Oblasts, der eher lethargisch, altsowjetisch und moskauabhängig ist.¹⁶

2.2.2 Gegenwärtige ökonomische und soziale Situation. Vergessenes Gebiet?

Im Kaliningrader Gebiet gibt es wenig Industrie, fast keine Landwirtschaft und der Fischereihafen (der Komplex der Fischindustrie war der drittgrösste in der ehemaligen Sowjetunion) wurde unlängst geschlossen. Auffällig ist auch die gegenwärtige Importabhängigkeit Kaliningrads vom Westen; bei den Lebensmitteln beträgt sie über 80 Prozent, wobei Litauen und Polen zu den Hauptlieferanten zählen. Heute stehen Exporte von 480 Mio. US-Dollar Importe in Höhe von 1,2 Mrd. US-Dollar gegenüber.¹⁷ Zur Zeit gibt es von russischer Seite keine Projekte, die den Agrarsektor fördern und unterstützen würden.

Zu bemerken ist, dass im Gebiet 90 Prozent (cirka 180.000 Tonnen) der Weltvorräte an Bernstein liegen. Der Export von Bernstein bringt jedoch keine großen Einkommen, denn er wird meistens illegal ausgeführt. Es wird geschätzt, dass in den Grenzgebieten mit Polen und Litauen cirka 20.000 Arbeitsplätze beim Schmuggel von Bernstein in den letzten Jahren entstanden sind.

Ein Hemmnis der Entwicklung des Oblasts ist sowohl die schlechte Transportinfrastruktur¹⁸ in der Exklave selbst, als auch der Mangel an Verbindungen mit den Nachbarstaaten. Der Transitverkehr zwischen dem Mutterland und dem Oblast geht durch Litauen, meistens mit dem Zug. Kaliningrad könnte seine Chance als Transitland nutzen und für Rußland nützliche Leistungen in diesem Bereich erbringen. Es fehlt jedoch die entsprechende Infrastruktur. Zwar ist Kaliningrad der einzige eisfreie Hafen Rußlands in der Ostseeregion, verliert aber in der Konkurrenz mit den anderen

¹⁶ Körber-Arbeitsstelle DGAP, Berlin, erste Sitzung des Arbeitskreises Kaliningrad 19.03.2002;

¹⁷ Timmermann H., „Die russische Exklave Kaliningrad im Kontext regionaler Kooperation“, Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln 20/2000, S. 15;

¹⁸ S.J. Main behauptet, dass die Transportinfrastruktur ziemlich gut entwickelt ist, mindestens im Vergleich zu den anderen russischen Regionen, besonders wenn es um Zugtransport geht, in: „Kaliningrad 2001“, S. 8;

baltischen Häfen (Tallin, Ventspils, Riga, Klaipeda, Sankt Petersburg). Von allen Gütern, die in den baltischen Häfen umgeschlagen werden, entfallen auf Kaliningrad lediglich 5 Prozent.¹⁹ Die anderen Häfen, auch Danzig und die finnischen Häfen sind wesentlich wettbewerbsfähiger, effektiv und effizient.

Zusätzlich bestehen erhebliche Mängel und Probleme im Umweltschutzbereich. Durch veraltete Industrieanlagen und das Fehlen von Kläranlagen, insbesondere in der Hauptstadt, gehen starke Umweltbelastungen von der Region aus. Die Stadt nimmt Rang zwei ein (nach Petersburg), wenn es um die Verschmutzung der Ostsee geht.

Die schlechte wirtschaftliche Situation verursacht zahlreiche soziale Probleme, die in der Exklave spürbar sind. Ein Drittel der Bevölkerung lebt unter der Armutsgrenze. Die Durchschnittslöhne in der Region betragen also 1/6 oder 1/8 jener in Litauen und in Polen.²⁰ Viele Einwohner in der Region erzielen gewisse Einkommen durch Schmuggel von Alkohol, Zigaretten, Benzin oder Bernstein. Darüber hinaus sind mehr als 50 Prozent der Bevölkerung ohne Arbeit. Das Arbeitslosengeld wird nicht regelmäßig bezahlt. Die schon erwähnte organisierte Kriminalität ist übrigens eine der schlimmsten Folgen der schlechten sozialen Situation in Kaliningrad.²¹ Außerdem sind die Prostitution, Schmuggel und Drogenhandel über die Grenze verbreitet, weil die Preise für diese Waren und Dienstleistungen im Oblast erheblich niedriger als in den Nachbarstaaten liegen. Die Zahl der HIV-Fälle gehört zu den höchsten in Europa.

Das alles ändert allerdings nichts an der Tatsache, daß im innerrussischen Vergleich der Oblast „attraktiv“ erscheint und als Gebiet „besserer Chancen für die längerfristige Zukunft“ gilt. Es mag allerdings am Umfang der „Schattenwirtschaft“ liegen, daß Kaliningrad dieses Ansehen in Rußland genießt.

¹⁹op. cit., S. 15;

²⁰ Körber-Arbeitsstelle DGAP Berlin (Hrsg.), GUS-Barometer, „Kaliningrad als Gradmesser der EU-Russland Beziehungen“, Juni 2002, Nr. 31, 8. Jahr, S. 5;

²¹ Kaliningrad zählt 252 Verbrechen pro 10000 Einwohner, während Russlands Kriminalmetropole Sankt Petersburg 218. Die Zahlen stammen aus: Giard Ch.;

In der Fachliteratur wird mehrfach betont, dass Moskau ständig die Region Kaliningrad vernachlässigt hat und in den letzten Jahren eigentlich nie eine kohärente und konstruktive Strategie für den Oblast präsentierte. Man spricht sehr oft sogar von einem „verlorenen Jahrzehnt“²², denn im Gegensatz zu dem Wandel in den baltischen Staaten oder in Polen, herrscht in Kaliningrad seit zehn Jahren politischer Stillstand, der von wirtschaftlichem Niedergang der amtlich erfassbaren Wirtschaft begleitet wird. Andererseits jedoch, wegen seiner zukünftigen Lage an der Nahtstelle zwischen EU / NATO und Osteuropa / Russland und damit von strategischer Bedeutung, hat die russische Regierung darauf bestanden, die eigene direkte Kontrolle über die Region zu halten. Angesichts des baldigen EU-Beitritts von Polen und Litauen hat Moskau auf der europäischen Ebene eine Position „warten und schauen“ (*wait and see*)²³ bezüglich Kaliningrads eingenommen. Es wurden manche Initiativen unternommen, wie Schaffung einer Freien Wirtschaftszone (FWZ) „Jantar“ 1991. Im Allgemeinen war diese Wirtschaftszone der erste konkrete Schritt Moskaus, das sich bewusst war, dass Kaliningrad wegen der einzigartigen Lage auch spezielle rechtliche, ökonomische und politische Regelungen braucht, um sich entwickeln zu können. Jedoch ist die FWZ gescheitert, weil Russland fürchtete, dass die ausländischen Investoren die Region ökonomisch übernehmen würden und zu viel Einfluss in der ethnischen und kulturellen Sphäre des Oblasts hätten.²⁴ Stattdessen wurde 1996 eine Sonderwirtschaftszone (SWZ) Kaliningrad gebildet, die aber mit wesentlich geringeren Privilegien ausgestattet wurde. Sie bringt nur begrenzte Vorteile. Es gibt mehrere Ursachen, warum diesso passiert. Das Rechtssystem ist inadäquat, eine Investoren und deren Eigentum schützende Gesetzgebung fehlt, die Bürokratie und ungünstige Steuern bewirken keine wirtschaftsfreundliche Stimmung in der Region. Allgemein ist bei der Realisierung der russischen Initiativen in Kaliningrad entweder Mangel an Finanzmittel oder Fehlen an Entschlossenheit und *good will* zu bemerken.

²² Kaliningrad – Bericht von Magdalene Hoff unter: http://www.magdalene-hoff.de/fokus/kaliningrad_2001.html/;

²³ Birckenbach H.-M. / Wellmann Ch., „Kaliningrad: A Pilot-Region for Civil Society Co-operation?“, in: Birckenbach H.-M. / Wellmann Ch. (Hrsg.), „Civil society around the Baltic Rim“, Kiel 2001, S. 6;

²⁴ Vgl. Sergounin A., S. 7 und Maciejewski A.;

2.2.3 Die Einstellung Russlands zur Erweiterung der EU und der NATO

Die eigenartige Situation Kaliningrads ist eine Herausforderung sowohl für Russland als auch für die Europäische Union. Nirgendwo anders haben die Beziehungen mit einem Drittstaat so großen und konkreten Einfluss auf die EU-Erweiterung und die neuen Mitgliedsländer wie hier.²⁵ Gleichzeitig stellt die russische Exklave eine Gelegenheit für die EU dar, die positiven Effekte der Erweiterung für die Russen, die ständig an die möglichen positiven Folgen und Aspekte des Erweiterungsprozesses erinnert werden müssen, zu demonstrieren. Während die Nachbarstaaten Kaliningrads, Litauen und Polen, sich für den EU-Beitritt vorbereiten, ist Russland für die EU fast der wichtigste Partner ihrer Außenbeziehungen geworden. Es wird oft betont, dass die Osterweiterung zu keinen neuen Trennungen und Teilungen führen soll.

Ausserdem beteiligt sich die EU mit ihren Hilfsprogrammen aktiv an der Verbesserung der Situation in Kaliningrad. Im Rahmen der Beziehungen mit der Gemeinschaft der Unabhängigen Staaten stehen zwei Instrumente zur Förderung der Zusammenarbeit über die Aussengrenzen zur Verfügung, nämlich INTERREG und TACIS²⁶. Kaliningrad erhält finanzielle Hilfe im Rahmen von TACIS seit 1991. Darüber hinaus wurde zwischen der EU und dem Kaliningrader Mutterland im November 2002 ein Kompromiss in bezug auf „Transit- und Visafragen“ in der Exklave erreicht. Diese Faktoren haben zweifelsohne einen Einfluss auf die positivere Einstellung der Russischen Föderation zur Erweiterung der EU und zum Ausbleiben von Protesten geführt.

Ganz anders ist es jedoch im Fall der Erweiterung der NATO. Schon hat die letzte Erweiterung des Nordatlantischen Bündnisses 1999 um die Staaten Mitteleuropas – Polen, Tscheschien und Ungarn hat heftige Kritik Russlands geweckt. Die Ursache war natürlich die gemeinsame Grenze zwischen Polen und dem Kaliningrader Bezirk. Schon damals wurde die Exklave für eine Politik gegen den Westen genutzt. Angesichts der Ankündigung des NATO- Beitritts

²⁵ Hartelius D., „Kaliningrad: A European Challenge“, in: Baxendale J. et al., S. 226;

²⁶ TACIS – Technical Assistance for the Commonwealth of Independent States;

Polens wurde mit der Stationierung von Nuklearwaffen gedroht.²⁷ Die bevorstehende Erweiterungsrunde um die baltischen Republiken wird noch mehr Schwierigkeiten für die Verhältnisse zu Russischer Föderation mit sich bringen. Im Effekt musste man erwarten, dass Russland einen gewissen Druck auf Litauen für den Zugang zum Kaliningrader Gebiet ausüben wird.²⁸ Ausserdem besteht immer die Gefahr, dass die verringerte Militärpräsenz in Kaliningrad wieder vergrössert wird, wenn Rußland die Abspaltung des Oblast fürchten würde. Nach Umfragen empfinden 51 Prozent der russischen Bevölkerung die NATO- Erweiterung als ernsthafte Bedrohung für ihr Land.²⁹ Der Kaliningrader Bezirk ist für sie ein Hauptelement der Garantie der Sicherheit für Russland und Weissrussland.

2.3 Die Lage Weissrusslands

2.3.1 Geopolitische Situation

Weissrussland ist eine Ausnahme und *ein Aussenseiter* unter den Staaten Mitteleuropas. Es ist kein demokratischer Staat, sondern die letzte Bastion von Autoritarismus in Europa ist. Es hat die Marktwirtschaft nicht angestrebt und ist völlig, politisch und wirtschaftlich, auf die Russische Föderation fixiert. Es gilt, oder mindestens bis vor kurzem galt es als von Westeuropa vergessenes Land. Wahrscheinlich wäre es so geblieben, wenn Weissrussland keine gemeinsame Grenzen mit den Staaten hätte, die den westlichen Strukturen gerade beitreten. Seit 1999, also seitdem Polen NATO- Mitglied ist, grenzt das Nordatlantische Bündnis direkt an die ehemalige Sowjetrepublik. Bald wird sie auch zum direkten Nachbar der EU werden.

Das autoritäre Regime in Weissrussland erscheint ziemlich stabil, aber es steht dennoch auf einer brüchigen Grundlage. Seine Funktionsfähigkeit ist

²⁷ Marek Menkiszak, *Trudne s' siedztwo: problematyka bezpieczeñstwa w stosunkach Polski z ZSRR i Rosj' 1989 – 2000* [Schwierige Nachbarschaft: Problematik der Sicherheit in den Beziehungen Polens mit der Sowjetunion und Russland 1989 - 2000], *Orodek Studiów Wschodnich; SPR DATE*

²⁸ Stanley Korber, *NATO expansion flashpoint no. 3 Kaliningrad*, Cato Foreign Briefing 46/1998, S. 2;

ausschliesslich mit der Herrschaft des Präsidenten Alexander Lukaschenka verbunden, der die gesamte Staatsmacht seit 1994 kontrolliert. Der Präsident gilt als sehr charismatische Person und es wird (mindestens in Polen) vermutet, dass ein Wechsel auf dem Präsidentenstuhl einen Zusammenbruch des durch Lukaschenka gebauten Systems verursachen würde.³⁰ Es ist wichtig zu betonen, dass bevor Lukaschenka an die Macht kam, es in der postsowjetischen Geschichte Weissrusslands eine kurze Periode der Demokratisierung gab. Nach der Erklärung der Unabhängigkeit wurden dort liberale Reformen durchgeführt, sowie die Grundlagen der Demokratie und Marktwirtschaft gelegt. Während dieser Quasi- Transformationsperiode hatten die Mehrheit der Bevölkerung und sogar die Eliten grosse Probleme, sich in der freien Marktgesellschaft zurechtzufinden.³¹ Sie erlebten nämlich eine Verschlechterung der Lebensbedingungen und eine erhebliches Anwachsen der Kriminalität. Die von den Weissrussen nicht akzeptierte Demokratie wird bis heute meistens mit Anarchie, Inflation und Mangel an Waren in den Geschäften gleichgesetzt. Der Niedergang der demokratischen Versuche ist direkt mit der Machtübernahme Lukaschenkas verbunden, der 1994 in einer demokratischen und korrekten Wahl von 80 Prozent der Bevölkerung gewählt wurde. Das System der Machtausübung beruht seit dieser Zeit formal auf der Verfassung, die auf Initiative des Präsidenten mittels eines illegalen Referendums 1996 erneuert wurde. Die Befugnisse des Führers wurden auf Kosten der Kompetenzen der anderen staatlichen Organe ausgeweitet. Tatsächlich hat Lukaschenka das Parlament aufgelöst, die Freiheit der Presse deutlich beschränkt und die Zusammensetzung des Verfassungsgerichts illegal geändert. Ausserdem hat er die politische Opposition aus allen staatlichen Strukturen eliminiert. Darüber hinaus ermöglicht die erneuerte Verfassung eine faktische Verlängerung der fünfjährigen Amtszeit des Präsidenten. Theoretisch lief die Amtsperiode Lukaschenkas im Jahre 1999 ab. Die Legitimität seiner Präsidentschaft wird allerdings durch Russland anerkannt. Für den Rest der Welt gilt Lukaschenka

²⁹ op. cit., S. 7;

³⁰ **Anna Naumczuk / Eugeniusz Mironowicz / Paweł Kazanecki / Grzegorz Gromadzki, *Zapomniany s' siad – Bia³oruœw kontekœcie rozszerzenia UE na wschód*, [Vergessener Nachbar – Weissrussland im Kontext der EU- Osterweiterung], Fundacja im. Stefana Batorego, Warszawa 2001, S. 9;**

³¹ Ramunas Davidonis, *The challenge of Belarus and European responses*, Occasional Papers, Nr. 29, The Institute for Security Studies Western European Union, Paris 2001, S. 4, 7;

als illegitimer Staatsführer seit 1999.³²

2.3.2 Sozio – ökonomische Situation

In Weissrussland leben cirka 10 Millionen Menschen. Im Allgemeinen hat die Gesellschaft und insbesondere die junge Generation kein Vertrauen in die politischen Eliten. Die prorussische Orientierung des Regimes Lukaschenkas stimmt aber mit den Wünschen der Einwohner überein, was an den starken Bindungen der Bevölkerung zu den Russen liegt. Es ist jedoch bemerkenswert, dass obwohl die Gesellschaft die politische, wirtschaftliche und militärische Zusammenarbeit mit der Russischen Föderation unterstützt, sie der Beschränkung der nationalen Souveränität und der forcierten Priorität der russischen Sprache nicht zustimmt. Darüber hinaus befürworten die jungen, gut ausgebildeten Bürger die Europäisierung Weissrusslands und seinen EU-Beitritt.

Die Mehrheit der weissrussischen Bevölkerung hat schwierige Lebensbedingungen. 70 Prozent leben in den Städten aber für die anderen 30 Prozent der Menschen, die auf dem Land wohnen, ist die Situation sogar dramatisch. 22 Prozent der Gesellschaft leben unter der Armutsgrenze.³³ Die Verarmung der Bevölkerung wird begrenzt durch relativ stabile Preise für Grundnahrungsmittel und regelmässige Lohnzahlungen (bar oder in Naturalien).³⁴ Von grosser Bedeutung sind auch die Einkommen, die aus der Schattenökonomie und im Grenzhandel erreicht werden.

Einen grossen Einfluss auf das politische Bewusstsein der Bürger Weissrusslands haben die Medien, die im Land nur als teilweise frei³⁵

³² Vgl. Anna Naumczuk / Jacek Cichocki, *Belarus – ein Blick aus polnischer Perspektive*, in: Dieter Bingen (Hrsg.), *Deutschland – Polen – Osteurop: deutsche und polnische Vorüberlegungen zu einer gemeinsamen Ostpolitik der erweiterten Europäischen Union*, Veröffentlichungen des Deutschen – Polen – Instituts, Darmstadt / Wiesbaden / Harrassowitz 2002, S. 214 – 215 und Davidonis, S; 9 – 10;

³³ Die Zahlen stammen aus: Iris Kempe, *Risiken und Herausforderungen jenseits der EU-Erweiterung. Eine Strategie für Russland, die Ukraine, Moldova und Belarus*, in: *Osteuropa* 12/2002, S. 1556;

³⁴ **Elżbieta Smu³kowa**, *Belarussische Staatlichkeit heute*, in: Dieter Bingen (Hrsg.), *Deutschland – Polen – Osteuropa...*, S. 200;

³⁵ Kempe, S. 1556;

bezeichnet werden. Ausser in der Hauptstadt ist der Zugang zu unabhängigen Informationen schwierig. Die einzige Alternative zum langweiligen weissrussischen Staatsfernsehen, ist das aus Moskau zu empfangende russische Staatsfernsehen. Im Westen des Landes sind zwei Kanäle des polnischen Staatsfernsehens zugänglich³⁶, die ganz andere Informationen, über Polen, die EU und Westen liefern und auch ganz anders das Bewusstsein der dort lebenden Bevölkerung bilden.

Was die ökonomische Situation des Landes betrifft, ist hervorzuheben, dass schon vor der Machtübernahme Lukaschenkas die Lage wegen nicht vollständiger Durchsetzung der Reformen sehr schlecht war. Während der Sowjetzeit war die weissrussische Republik industriell ziemlich bedeutend, aber nach dem Zerfall der UdSSR gelang es nicht, diese gute Situation aufrechtzuerhalten. Gegenwärtig ist eine grosse wirtschaftliche Abhängigkeit von Russland auffällig. Die Krise in Weissrussland wird durch die ineffektive, defizitäre Kolchosenwirtschaft sowie die mangelnde Rechtssicherheit verschärft. Die Produktion geht zurück. Die hohen Produktionskosten sind auf veraltete Technologien zurückzuführen, für deren Modernisierung es keine Mittel gibt.³⁷ Die ökonomische Politik Lukaschenkas setzte auf die Entwicklung der weissrussischen Wirtschaft ohne Marktreforment. Der Privatisierungsprozess wurde auch von ihm im Jahre 1995 eingestellt. Das hat jedoch eine deutliche Flucht des ausländischen Kapitals verursacht, sowie immer grössere wirtschaftliche Abhängigkeit von Russland, das gegenwärtig der Hauptlieferant von Energie und Hauptabnehmer (ca. 80 Prozent) der weissrussischen Produkte ist. Erst im Jahre 2000 war eine Stabilisierung in der Wirtschaft zu bemerken (Verbesserung der Landwirtschaftsbedingungen, Wachstum des Bruttoinlandproduktes), die ein Effekt der Reformen war, die die Behörden als Antwort auf die russische Krise von 1998 durchgeführt haben. Es ist jedoch zu bemerken, dass Weissrussland den fünften Platz einnimmt unter den Staaten, die als besonders riskant erscheinen, wenn man mit ihnen Geschäfte macht.³⁸

³⁶ Naumczuk et al., S. 9;

³⁷ Zbigniew Wilkiewicz, *Zur politischen Entwicklung Weissrusslands. Oppositionelle Stimmen – veröffentlicht in Polen*, in: Osteuropa – archiv 6/1997, S. A237;

³⁸ International Risk and Payment Review, Dun & Bradstreet UK Ltd unter: www.ruf.rice.edu/~sergei/belarus/conomy/belstats.html Die ersten vier Plätze werden eingenommen von Demokratischer Republik von Kongo, Albanien, Myanmar und Jugoslawien;

Dem Problem wachsender Arbeitslosigkeit versuchte man durch Verkürzung der Arbeitswoche und längere Urlaubszeiten zu begegnen.³⁹

2.3.3 *Russia first* Politik

Eine nahe Zusammenarbeit Weissrusslands mit Russland ist für dieses Land ein Garant der staatlichen Stabilität, deswegen hat die ehemalige Sowjetrepublik nie ihre Beziehungen zu Moskau abgebrochen. Andererseits, hat für Russland Weissrussland eine strategische Bedeutung, denn es ist Nachbar Polens, einem NATO- Mitglied und der baltischen Staaten, die in das Nordatlantische Bündnis in der nahen Zukunft eintreten werden. Seit der Machtübernahme Lukaschenkas wächst die Moskauabhängigkeit. Die vergangenen Jahre waren geprägt von einer schrittweisen Stärkung des Bundes zwischen den beiden Staaten. Wichtig für die Entwicklung der Beziehungen waren der Unionsgründungsvertrag (1997) und ein Vertrag über die Gründung eines gemeinsamen Bundesstaates anstelle der Union (1999). Dieses Übereinkommen ist auf eine zukünftige Vereinigung der zwei Staaten angelegt. Es regelt jedoch nicht, auf welcher Grundlage ihre Integration erfolgen soll. Russland wird sich den schwächeren Nachbar wohl unterordnen, auch wenn die Regierung in Minsk betont, dass sie die Wahrung von Partnerschaftlichkeit und Gleichberechtigung will.⁴⁰ Darüber hinaus haben die beiden Nachbarländer eine Währungsunion beschlossen und ab dem Jahr 2005 wird der russische Rubel die Rolle der Gemeinschaftswährung erfüllen. Das bedeutet, dass die Währungspolitik von Moskau aus gesteuert wird und Weissrussland auf diese Weise eines seiner Souveränitätsattribute verlieren wird.⁴¹

Folglich ist zu erwarten, dass mit der Zeit der Einfluss der Weissrussen und selbst des Präsidenten Lukaschenka auf die Gestaltung der weissrusisch – russischen Beziehungen sinkt. Oft ist diese wachsende Nachgiebigkeit ein Preis für Unterstützung Moskaus, die für Lukaschenka die grösste Bedeutung hat. Russland ist einer der wenigen Staaten, die vollständig das autoritäre Regime in

³⁹ Smu³kowa, S. 199;

⁴⁰ Naumczuk / Cichocki, S. 217;

⁴¹ Naumczuk / Cichocki, S. 218;

Minsk anerkennen. Es spielt die Rolle des Protektors und Fürsprechers Weissrusslands auf internationaler Ebene. Auf diese Weise kann das politische System Lukaschenkas funktionieren. Unumstritten ist jedoch festzustellen, dass die Politik, die den Staatenbund zwischen Minsk und Moskau gestärkt hat, andererseits zur Selbstisolierung der ehemaligen Sowjetrepublik und dadurch zum Verlust der staatlichen Souveränität auf internationaler Ebene geführt hat. Es scheint, dass immer weniger Staaten das Interesse an Weissrussland als einem selbständigen Kooperationspartner haben. Selbstverständlich zählen die Staaten in der Region, vor allem Polen und Litauen dazu nicht. Es ist jedoch hervorzuheben, dass viele Autoren auf die negativen Folgen der russisch-weissrussischen Vereinigung verweisen. Der Prozess führt indirekt zu besseren Verhältnissen zwischen Polen und Litauen, sowie zur besseren Konsolidierung der baltischen Republiken. Weiterhin ermutigt das auch die westlichen Staaten zu Errichtung intensiven Beziehungen zur Ukraine.⁴² Diese Situation kann Weissrussland erhebliche Schaden bringen und auch die Beziehungen Russlands zum West verschlechtern.

2.3.4 Einstellung Weissrusslands zu den europäischen Strukturen

Die geplanten Erweiterungen der EU und der NATO erwecken in Weissrussland negative Gefühle, was auf die antieuropäische Politik Lukaschenkas (seine letzte Wahlkampagne war auch stark mit antipolnischen Elementen gespickt) zurückzuführen ist. Die Meinung zur Erweiterung der NATO spiegelt die Einstellung Russlands in dieser Frage wider und die ist eindeutig negativ. Offiziell stellt das Nordatlantische Bündnis für die Republik Weissrussland einen Angriffsblock dar.⁴³ Weissrussland hat vor der letzten Verhandlungsrunde für die Staaten Mitteleuropas 1999 das Problem der NATO- Erweiterung völlig mit den polnisch – weissrussischen Beziehungen gleichgesetzt und ist folglich in eine Art Konfrontation mit Polen geraten. Im Jahre 1996 schlug Lukaschenka sogar eine Bildung einer atomfreien Zone in Mittel- und Osteuropa vor, die

⁴² Sherman W. Garnett / Robert Legvold (Hrsg.), *Belarus at the Crossroads*, Carnegie Endowment for International Peace, Washington 1999, S. 45;

gegen die NATO gerichtet sein sollte.⁴⁴ Vermutlich hat er für solche Haltungen allerdings die Unterstützung der Bevölkerung in Weissrussland, was aber kein Wunder angesichts der jahrelangen antiwestlichen und anti- NATO Popaganda ist.

⁴³ **Przemysław Turawski** und **Grajewski**, *Polen. Die östlichen Nachbarn Polens*, in: Iris Kempe / Wim van Meurs / Barbara von Ow (Hrsg.), *Die EU – Beitrittsstaaten und ihre östlichen Nachbarn*, Gütersloh 1999, S. 147;

⁴⁴ **Turawski**, S. 148;

3 Die Ostpolitik der EU- Beitrittskandidaten – Polen und Litauen gegenüber Weissrussland

In diesem Kapitel werden die Initiativen analysiert, die Polen und Litauen gegenüber Weissrussland unternahmen. Sie erfolgten nicht nur auf Regierungsniveau, sondern auch auf der regionalen und lokalen Ebene.

Vor allem ist die Entwicklung der Ostpolitik der beiden Staaten während des Jahrzehntes nach 1990 interessant, deswegen wird zunächst auf die Entstehung und Verdichtung der bilateralen Beziehungen hingewiesen. Beachtet werden auch die Faktoren, die die Politik determinierten, nämlich neben der Transformation vor allem die Minderheitenprobleme und territorialen Ansprüche Weissrusslands gegen Polen und Litauen. Dabei ist festzustellen, dass die Politik und die Einstellung von Minsk sich wandelten, wenn man die Periode vor Lukaschenka und die Zeit, seit der er an der Macht ist, in Betracht zieht. Weiterhin wird sowohl auf positive Aktivitäten in der Region (NGOs, Euroregionen) als auch auf Gefahren (Schengenvisa) aufmerksam gemacht. Zum Schluss dieses Kapitels wird die Ostpolitik der Nachbarstaaten Polens und Litauens der Aktivitäten der EU in dieser Region gegenüber gestellt, um zu verdeutlichen, welche Aspekte des gutnachbarschaftlichen Modells die EU in ihre Politik einbeziehen kann.

3.1 Die Geburt der bilateralen Beziehungen (1990 – 1994)

Nach der Erklärung der Unabhängigkeit Weissrusslands hat die politische Führung begonnen, die Kontakte zu den Nachbarn zu entwickeln. Zwar haben Polen und Litauen zum selben Zeitpunkt die Unabhängigkeit der ehemaligen Sowjetrepublik anerkannt, jedoch war die polnisch – weissrussische Zusammenarbeit zu Beginn der 90er Jahre viel dynamischer als die Kooperation Weißrußlands mit Litauen. Dies lässt sich dadurch erklären, dass Weissrussland sowie Litauen am Anfang der Transformation viele innere Probleme zu

behandeln hatten, wie z.B. die Bewerbung um die Mitgliedschaft in internationalen Organisationen, die Herstellung der diplomatischen Beziehungen zu vielen Staaten oder der Abzug der russischen Truppen aus Litauen und die Entfernung der nuklearen Raketen aus dem Territorium Weissrusslands. Angesichts der neuen Situation wollte man in Minsk die intensive Zusammenarbeit und darum feste Beziehungen zu Westeuropa anknüpfen. Der Weg über Polen schien sich anzubieten, weil dieser Staat schon früher die Transformation zur Marktwirtschaft sowie die eigene Demokratisierung begonnen hatte und weil die Regierung in Warschau ihr grosses Interesse an einer Vermittler-Rolle deutlich zeigte. Die Berater des Präsidenten Lech **Wa³sa meinten, Polen sei das einzige Fenster nach Europa für Weissrussland** und deswegen solle es dem Nachbar helfen, sich in der neuen Situation und im neuen Europa wiederzufinden.⁴⁵ Tatsächlich haben die beiden Präsidenten Lech **Wa³sa und Stanislaw Schuschkiewitsch 1992 ein Abkommen über Freundschaft und gutnachbarschaftliche Zusammenarbeit unterzeichnet.**

Man muss hier auf zwei andere Faktoren hinweisen, die einen grossen Einfluss auf die Gestaltung der bilateralen Beziehungen Polens und Litauens zu Weissrussland hatten. In beiden Ländern haben sich zu Beginn der 90er Jahre ähnliche Probleme bezüglich der Grenzen zur Republik Weissrussland ergeben. Deswegen ist auch der erste Versuch Warschaus gescheitert, die gutnachbarschaftlichen Verhältnisse mit Minsk in Form einer Erklärung zu fixieren. Die Formulierung, dass die bestehende Grenze zwischen den beiden Staaten „in Gegenwart und Zukunft unantastbar ist“⁴⁶ war für die weissrussische **Seite nicht annehmbar. Sie hatte territoriale Ansprüche auf das Bia³ystoker Gebiet, wo die nationale weissrussische Minderheit in Polen lebt, geäussert und wollte im Text der Erklärung die Feststellung haben, dass das Bia³ystoker Land ethnisch weissrussisch sei.**

Die Beziehungen Litauens zu der ehemaligen Sowjetrepublik, wenn auch zu Beginn nicht sehr intensiv, waren ebenfalls von weissrussischen territorialen Ansprüchen negativ beeinflusst. Angesichts der grossen Bedeutung des Gebiets

⁴⁵ **Stanis³aw Grzymiski**, *Polskie konkluzje z kryzysu* [Polnische Schlussfolgerungen aus der Krise], in: *Rzeczpospolita* vom 30.08.1991;

⁴⁶ Karl Hartmann, *Warschaus Bemühungen um Weissrussland*, in: *Osteuropa* 8/1993, S. 854;

um Vilnius für die weissrussische Geschichte sowie der Existenz einer weissrussischen Minderheit in der Region wurde in Minsk der Wunsch geäußert, Vilnius als ethnisch weissrussisches Territorium zu bezeichnen.⁴⁷ Dazu kam noch das Problem, dass die litauisch – weissrussische Staatsgrenze nie in irgendwelchen staatlichen Dokumenten fixiert worden war. Dank der Bemühungen polnischer und litauischer Diplomaten ist es gelungen, nach einiger Zeit der Beunruhigung die Grenzfragen mit Weissrussland positiv zu regeln. In den Verträgen über gute Nachbarschaft wurden die jetzigen Grenzen bilateral anerkannt und auf alle territorialen Ansprüche verzichtet.⁴⁸

In den bilateralen Verträgen Polens und Litauens mit Weissrussland wurde das Problem der Minderheiten mindestens teilweise geregelt.⁴⁹ Was die Polen in Weissrussland betrifft, beträgt ihre Zahl ungefähr 500.000 Personen. Folglich ist die polnische ethnische Gruppe die drittstärkste im Weißrußland. Sie lebt vor allem im Bezirk Grodno, im westlichen Teil des Staates. Die weissrussische **Minderheit in Polen, konzentriert in der Gegend um Bia³ystok, die zu den ärmsten Regionen Polens zählt, ist kleiner und zählt 250.000 Personen.**⁵⁰ In bezug auf die Minderheiten gab es Probleme, die zu Beginn der 90er Jahre die **weissrussisch – polnische Beziehungen beeinflusst haben. Im Bia³ystoker Gebiet** wurde auf Mangel an Interesse Warschaws verwiesen. Die Kontakte zu den polnischen Strukturen waren sporadisch und sind in einer konfliktreichen Atmosphäre verlaufen. Die Weissrussen beklagten, dass statt einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit die Verhältnisse einer Kolonie geschaffen wurden, was zur Isolierung der Minderheit führte.⁵¹ Positiv ist zu bemerken, dass die weissrussische Minderheit schon in den Jahren 1989 und 1991 an den Sejmwahlen teilgenommen hat, wo sie einen wirtschaftlichen Aufschwung für **das Bia³ystoker Land und den Ausbau des früher dort schon vorhandenen**

⁴⁷ Stephen R. Burant, *Belarus and the „Belarussian irredenta“ in Lithuania*, in: Nationalities Papers Vol 25, Abingdon 4/1997, S. 644 – 646;

⁴⁸ Vgl. z.B. Hartmann, S. 855, Vitkus, S. 1270 und Stephen R. Burant, *International relations in the regional context: Poland and its Eastern neighbours – Lithuania, Belarus and Ukraine*, in: Europe – Asia Studies, 45/1993 Abingdon 1997, S. 644 – 646;

⁴⁹ hier wird wegen Mangel an Materialien hauptsächlich auf weissrussische Minderheit in Polen und polnische Minderheit in Weissrussland beschränkt;

⁵⁰ Die Zahlen stammen aus: Ziemer, S. 66 – 67;

⁵¹ Sokrat Janowicz, *Bia³oruska mniejszoœænarodowa w Polsce*, [Die weissrussische nationale Minderheit in Polen], in: *WiêŹ* 2/1991, S. 60;

weissrussischen Schulwesens gefordert hat.⁵² Ausserdem ist schon 1991 in **Bia³ystok die erste politische Partei der Minderheiten in Polen entstanden.** Was die Polen in Weissrussland dagegen angeht, war die Situation im Schulwesen problematisch, denn es gab seit 1948 keine polnische Schulen mehr und am Anfang der 90er Jahre haben sich nur 15 Prozent der Polen in Sprache und Schrift des Polnischen bedient, fast 50 Prozent dagegen des Russischen.⁵³ Die zweite mit der Anwesenheit der Polen in Weissrussland verbundene Konfliktlinie war die wachsende Bedeutung der katholischen Kirche und die konfessionelle Spaltung zwischen den Orthodoxen und Katholiken. Zu bemerken ist, dass ein Viertel der Bevölkerung katholisch ist, darunter die ganze polnische Minderheit. Als Gefahr wurde in Weissrussland gesehen, dass es unter ausländischen Geistlichen, die 1991 in den Staat kamen, fast ausschliesslich Polen gab. Problematisch war auch die papstliche Ernennung eines Polen zum Bischof für ganz Weissrussland.⁵⁴ Man sprach von einer Polonisierung der weissrussischen Gesellschaft durch die katholische Kirche.

Im Jahre 1992 unterschrieben die Bildungsministerien Polens und Weissrusslands ein Übereinkommen, in dem die Verbesserung der Bildungsmöglichkeiten für beide Minderheiten behandelt wurde. Es wurden dann die polnischen Schulen in Grodno, Brest, auch in Minsk und Witebsk **gegründet, sowie die weissrussischen, die im Bia³ystoker Gebiet schon in der Sowjetzeit existiert haben, verbessert.** Der Austausch von Lehrern wurde begonnen. Diese ersten positiven Schritte haben im Vertrag über Freundschaft und gutnachbarliche Zusammenarbeit zur Erklärung über die Bewahrung der ethnischen, kulturellen, religiösen und sprachlichen Identität sowie der Sicherung der uneingeschränkten Entfaltungsmöglichkeiten für die Minderheiten in den beiden Ländern geführt.⁵⁵

Es ist zu erwarten, dass die bilateralen Beziehungen zwischen den Staaten sich bessern, wenn Gegensätze und Missverständnisse ausgeräumt werden, wie es im Fall Polens und Litauens mit territorialen Ansprüchen oder

⁵² Hartmann, S. 856;

⁵³ Zahlen stammen aus: Hartmann, S. 857;

⁵⁴ Ziemer, S. 66;

⁵⁵ Stephen R. Burant, *Polish – Belarussian Relations*, in RFE/RL Research Repot (München) Vol 1, 37/1992, S. 44;

Minderheitenproblemen geschah. Am Beispiel Polens und seinen Beziehungen zu Weissrussland ist diese Situation schon ab dem Jahr 1992 deutlich zu sehen. In bezug auf nationale Minderheiten hatte sich die Bildungssituation erheblich verbessert, obwohl es immer noch viel zu tun gab, u.a. fehlte die Ausstattung der weissrussischen Schulen mit Lehrmaterialien in weissrussischer Sprache. Die polnische Seite hat grosse Hilfe geleistet, indem sie arme polnische Schulen im Grodno-Gebiet mit Lehr- und finanziellen Mitteln sowie Lehrkräften ausgestattet hat. Ein Fortschritt war auch zu bemerken, wenn es sich um die **Gestaltung der kulturellen Einrichtungen im Bia³ystoker und Grodno Giebiet** handelt. Die Weissrussische Sozial-Kulturelle Gesellschaft sowie der **Bia³ystoker Klub haben ihre Aktivitäten in der Gegend intensiviert und die** Wochenzeitung „Niva“ herausgegeben.

In Weissrussland sind mehrere polnische Gesellschaften wie die Adam-Mickiewicz-Gesellschaft, die Polnische Kulturell-Aufklärerische Gesellschaft „Polonia“ entstanden. Auch wurde der „Bund der Polen Weissrusslands“ **gegründet. Ausser der Zeitschrift „G³os znad Niemna“, die schon früher** herausgegeben wurde, erschienen als neue Titel „Magazyn Polski“ oder „Ziemia Lidska“.⁵⁶

Der litauisch – weissrussische Vertrag über gute Nachbarschaft hat auch die Situation der nationalen Minderheiten verbessert, insbesondere der weissrussischen Minderheit (55.000 Personen) in Litauen. Ein weissrussisches Gymnasium in Vilnius sowie weissrussische Klassen in den russischen Schulen in Visaginas und Kaunas wurden gegründet. Zwei Zeitschriften in weissrussischen Sprache wurden herausgegeben, wobei eine sogar die Unterstützung der litauischen Regierung bekam. An der Vilniuser Pädagogischen Universität ist auch eine Fakultät für Weissrussische Sprache und Literatur entstanden. In Weissrussland haben zwei litauische Schulen begonnen zu funktionieren, von denen eine von der weissrussischen Regierung unterstützt wurde.⁵⁷

Im weiteren Verlauf der bilateralen Beziehungen zwischen Polen und

⁵⁶ Nikolaj Iwanow, *Die Polen Weissrusslands*, in: Osteuropa 5/1994, S. 478 – 480;

⁵⁷ Aigirdas Gričius, *Lithuania and its Belarusian policy*, in: Lithuanian Foreign Policy Review 3/1999, S. 7;

Weissrussland wurden zu dieser Zeit fast vierzig Verträge und Übereinkommen unterschrieben, u.a. die bilaterale Konsularkonvention, dank der die konsularischen und diplomatischen Beziehungen eröffnet wurden. In Warschau hatte die erste weissrussische Botschaft im Ausland die Arbeit aufgenommen. Ausserdem lassen sich die Fortschritte in der Entfaltung der bilateralen Verhältnissen auch auf dem ökonomischen Gebiet erkennen. Unter oben genannten Verträgen wurden mit Weissrussland auch Wirtschaftsabkommen geschlossen. Auch in diesem Bereich wurde deutlich, dass Polen Weissrusslands Anbindung in Europa vorantreiben wollte.

Schon 1991 war die Republik Polen einer der wichtigsten Handelspartner Weissrusslands. Der Handelsaustausch ist in diesem Jahr um 20 Prozent gestiegen.⁵⁸ Neben dem Wirtschaftsabkommen wurden Verträge über Lastwagen- und Eisenbahntransporte für weissrussische Waren geschlossen. Weiterhin wurde es Weissrussland ermöglicht, für seine Güter den polnischen Seehafen Gdynia (Gdingen) zu nutzen, angesichts der Tatsache, dass das Land keinen eigenen Zugang zum Meer hat. Um den Warentransit zu erleichtern, gab es auch Projekte, **Bia³ystok mit dem Hafen mittels einer Autobahn zu verbinden.**⁵⁹ Minsk hat auch grosses Interesse an der Nutzung der polnischen Flughäfen, Eisenbahnen und Strassen gezeigt. Darüber hinaus hat sich die bilaterale Kooperation im Bereich der Banken und Investitionen deutlich verbessert, auch wurde die Zusammenarbeit in den Grenzregionen schnell sichtbar.

Ähnliche Beziehungen Weissrusslands mit Litauen sind, wie schon betont wurde, später entstanden, nachdem der Vertrag über Freundschaft und gutnachbarschaftliche Zusammenarbeit 1995 geschlossen worden war.

3.2 Bilaterale Beziehungen nach 1994

Seit der Machtübernahme Lukaschenkas im Jahr 1994 haben fast alle

⁵⁸ Burant, *Polish – Belarussian Relations*, S. 43;

⁵⁹ Burant, op. cit.;

europäischen Staaten Probleme mit ihren Beziehungen zu Weissrussland, selbstverständlich auch Polen und Litauen. Die zunehmende politische und wirtschaftliche Annäherung zwischen Minsk und Moskau wurde mit grosser Sorge in Warschau und Vilnius verfolgt. Das Entstehen der weissrussisch – russischen Gemeinschaft 1996 wurde in Polen als Scheitern der polnischen Ostpolitik bezeichnet, die seit 1990 bemüht war, an Polens Ostgrenze einen Kordon von souveränen Staaten zu schaffen, die mit Polen befreundet und von Moskau unabhängig sein sollten.⁶⁰ Seit diesem Moment haben die polnischen Eliten mehr Aufmerksamkeit der Ukraine gewidmet, die den westlichen Kurs weitergeführt hat. Die Veränderungen in Weissrussland haben sich auch auf Litauens Haltung gegenüber dem Land ausgewirkt. Vilnius schloss sich den grundsätzlichen Positionen der Europäischen Union an, die die weissrussische Staatsführung ermahnte, die Menschenrechte zu respektieren, sowie die Gesetze und demokratische Grundsätze einzuhalten.⁶¹ Aus diesem Grund haben viele Länder, auch Polen und Litauen ihre offiziellen, parlamentarischen Kontakte mit den weissrussischen Institutionen eingeschränkt. In Litauen hat eine Gruppe von Abgeordneten im Jahre 1995 gegen einen Zwischenfall protestiert. Es handelte sich um eine Schlägerei zwischen der weissrussischen Polizei und Mitgliedern des weissrussischen Parlaments, die sich gegen die Politik Lukaschenkas wandten. Ein Jahr später an Weissrussland gerichteter Appell von 30 litauischen Parlamentariern hat genauso wenig Einfluss auf die weissrussische Politik erzielt.⁶² Litauen hat die Erwartung geäußert, dass Minsk die „weissrussischen Anomalien“⁶³ beenden und einen Weg beschreiten würde, der von Polen und Litauen bereits in Richtung Demokratie und Marktwirtschaft vorgeschlagen wurde.

Vilnius und Warschau haben beide ausdrücklich betont, dass sie an einer Isolierung Weissrusslands nicht interessiert sind. Es liegt in ihren Interessen, dass Weissrussland ein unabhängiger Staat bleibt und deswegen waren beide

⁶⁰ Karl Hartmann, *Polen und die weissrussisch – russische „Gemeinschaft“*, in: Osteuropa – archiv, 2/1997, S. A69;

⁶¹ Vitkus, S. 1271;

⁶² Algirdas Gričius, *The Belarus Factor: The impact on Lithuania's foreign policy and on stability in the Baltic region*, in: *Belarus at the Crossroads*, S. 73;

⁶³ op. cit.;

Regierungen bemüht, pragmatische bilaterale Beziehungen beizubehalten.⁶⁴ Die polnische Führung bemühte sich später, die Entstehung der weissrussisch – russischen Gemeinschaft zu nutzen, um Minsk aber vor allem Moskaus Billigung in der Frage der NATO – Erweiterung zu erreichen. Präsident **Kwasniewski hat während seines Besuches in Moskau (1996) Polens** Verständnis für die russisch – weissrussische Integration zum Ausdruck gebracht. Es war aber klar, dass Warschau dafür ein ähnliches Verständnis von Moskaus und Minsk in bezug auf den polnischen NATO- Beitritt erwartete.⁶⁵

Neben der schwierigen politischen Situation in der Region ist auf die positive Entwicklung in den ökonomischen Beziehungen zwischen Litauen und Weissrussland hinzuweisen. Es wurde schon erwähnt, dass die baltische Republik später als Polen die Wirtschaftsabkommen- und Nachbarschaftsverträge mit Weissrussland unterschrieben hat. Das hatte positive Folgen. Der Warenaustausch hat sich insbesondere während der zwei Jahre 1994 – 1996 schnell entwickelt und 450 Mio. US-Dollar erreicht.⁶⁶ Der Transit der weissrussischen Waren durch den litauischen Hafen Klaipeda ist ebenfalls sehr schnell gewachsen. Ausserdem wurde die Zusammenarbeit an den Grenzen deutlich verbessert, indem man die Grenzübergangsprozeduren modernisierte und vereinfachte.

Allgemein bezeichnen die litauischen Wissenschaftlicher die litauisch– weissrussischen Beziehungen in diesen Jahren als sehr ausgewogen ohne bedeutende gegenseitige Konflikte und Auseinandersetzungen. Das ist teilweise auf die Person des litauischen Präsidenten Algirdas Brazauskas (1993 – 1998) zurückzuführen, der eine sehr gemässigte Politik gegenüber der ehemaligen Sowjetrepublik geführt hat. Wie in Litauen vermutet wurde, hat sein Nachfolger, Valdas Adamkus, eine ähnliche Ostpolitik betrieben. Andererseits hat zu dieser Zeit der weissrussische Präsident gewisse Instrumente genutzt, um die Aussenpolitik Litauens zu beeinflussen. Eines von ihnen ist hier bemerkenswert, nämlich die jahrelang wiederholte Absage Lukaschenkas einer Unterzeichnung

⁶⁴ Vgl. Hartmann, *Polen und die weissrussisch – russische „Gemeinschaft“*, S. A69 und Vitkus, S. 1271;

⁶⁵ Hartmann, S. A72;

⁶⁶ Gricius, *The Belarus Factor: The impact on Lithuania's foreign policy and on stability in the Baltic region*, S. 73;

des Vertrags über die Rückführung von Flüchtlingen⁶⁷. Der ist aber für die litauische nationale Sicherheit von erheblicher Bedeutung, denn hohe Zahlen von asiatischen Flüchtlingen, die nach Litauen über Weissrussland kommen bereiten viele Probleme.

3.3 Einfluss der letzten Ereignissen in Weissrussland auf die Ostpolitik seiner Nachbarn

Angesichts der durch Lukaschenka geführten Innen- und Aussenpolitik, den ständigen Verletzungen der Menschenrechte, Bürgerrechte und demokratischer Prinzipien sowie der Nichteinhaltung des internationalen Rechts (z.B. Konflikt in Drozdy), werden die Beziehungen mit Minsk immer schwieriger. Die Mitgliedschaft Weissrusslands in den internationalen Organisationen, wie der OSZE, wurde suspendiert. Der Gaststatus in der NATO und im Europarat wurden aufgehoben, die EU hat auch ihre finanzielle Hilfe im Rahmen von TACIS eingeschränkt. In dieser Situation ist es für Polen und Litauen besonders schwer, positive und pragmatische Beziehungen mit ihrem direktem Nachbarn aufrechtzuerhalten.

Seit 1997 – 1998 verschlechterten sich die Beziehungen Warschaus zu Minsk, vor allem auf Regierungsebene. Der Wirtschaftsaustausch ging zurück. Mit Litauen ist hingegen seit dem letzten Jahr eine Stärkung der Wirtschaftsbeziehungen erfolgt. Die polnische und litauische Seite versuchen jedoch die interministeriellen Kontakte zu behalten, insbesondere im wirtschaftlichen Bereich (in Polen werden dazu jedes Jahr Seminare „Gute Nachbarschaft“ organisiert), sowie auf dem kulturellen Gebiet. Wichtig ist auch die dreiseitige Kooperation zwischen den Grenzregionen (siehe: Kapitel 3.4.) Die Kontakte zwischen polnischem und weissrussischem Aussenministerium wurden in jüngster Zeit noch im Rahmen der internationalen Organisationen, (besonders OSCE) gehalten. Nach Äußerungen polnischer Politiker wurde die erklärte Bereitschaft zum Dialog aber nicht durch entsprechende Änderungen in

⁶⁷ Gricius, *Lithuania and its Belarusian policy*, S. 10;

der Aussen- und Innenpolitik Lukaschenkas eingelöst.⁶⁸

Einen negativen Einfluss auf die bilateralen Beziehungen zu Minsk sowie auf Beziehungen Weissrusslands zu anderen Ländern hatte ein diplomatischer Skandal in Drozdy im Jahr 1998, wo die weissrussischen Behörden den Mitarbeitern der ausländischen Botschaften den Zugang zu ihren Residenzen unmöglich machten. Fast alle Botschafter der europäischen Länder wurden zu Konsultationen abberufen, die Vereinigten Staaten und die EU haben gegenüber Weissrussland protestiert, und in der Folge verhängte die EU zwischenzeitlich ein Einreiseverbot für weissrussische Spitzenpolitiker. Polen und Litauen haben viel *good will* gezeigt und milder als andere Staaten auf diese Ereignisse reagiert.⁶⁹ Sehr behutsam hat Vilnius in dieser diplomatische Krise reagiert. Der Botschafter Litauens wurde nämlich nicht abberufen, sondern in einen langen Urlaub nach Litauen geschickt.⁷⁰

1999 hat Minsk die Einführung des Rundfunksenders „Radio Freies Weissrussland“ scharf kritisiert, der offizielle polnische Frequenzen zugeteilt **erhielt und von Bia³ystok und Warschau aus in weissrussischer Sprache nach** Weissrussland sendet. Eine Bürgerinitiative, begrüsst von der Weissrussischen Sozial-Kulturellen Gesellschaft, wird hauptsächlich mit amerikanischen Mitteln finanziert und, aber nicht offiziell, von der polnischen Regierung unterstützt.⁷¹ Eine ähnliche Idee, den Weissrussen objektive, unabhängige Informationen in der Form des Radiosenders „Baltic Waves“⁷² zu liefern, hatten die litauischen Abgeordneten. Präsident Lukaschenka hat in beiden Fällen diese Initiativen als „Einmischung in die inneren Angelegenheiten“ seines Landes bezeichnet.⁷³

Insbesondere Polens Verhältnis zu Minsk wird vom Jahr zu Jahr immer kälter. Dennoch ist die Politik Warschaus und Vilnius nicht so restriktiv wie die

⁶⁸ Jerzy Stankiewicz, *Relations with Belarus*, in: Aussenministerium der Republik Polen, Yearbook of Polish Foreign Policy 1999, Warszawa 1999, S. 185;

⁶⁹ Stankiewicz, S. 181, 185;

⁷⁰ Gicius, *Lithuania and its Belarussian policy*, S. 12;

⁷¹ Vgl. Garsztecki, *Die Aussenpolitik der polnischen Regierung. Kontinuität in Richtung Europa*, in: Osteuropa 11/12/1998, S. 1158 und Jerzy Stankiewicz, *Relations with Belarus*, in: Aussenministerium der Republik Polen, Yearbook of Polish Foreign Policy 2000, Warszawa 2000, S. 192;

⁷² Gricius, *Lithuania and its Belarussian policy*, S. 8;

⁷³ Ziemer, S. 68;

Einstellung der westlichen Staaten, die zur Isolierung der nicht-demokratischen weissrussischen Führung tendiert. 2001 hat ungeachtet der illegalen **Präsidentenwahlen in Weissrussland** der polnische Präsident **Kwaoniewski** erklärt, dass Warschau Politik der Nicht- Isolierung gegenüber Minsk weiter führen wird und nicht nur die ökonomischen Kontakte erhalten bleiben sollten.⁷⁴ Dennoch kommt es in der letzten Zeit nicht mehr zu Treffen zwischen sog. *top – ranking* Politikern von beiden Seiten. Hervorzuheben ist, dass solche Begegnungen, auch zwischen den Präsidenten, durch die litauische Seite häufiger organisiert werden. Probleme, wie z.B. Handel, regionale Kooperation, illegale Migration oder Situation an der Grenze (Demarkationsarbeiten und Modernisierung der Grenzübergänge) wurden 1998 und 1999 während der Treffen von Adamkus und Lukaschenka diskutiert. Die beiden Präsidenten haben auch gemeinsam die „Francisco Skorina Stiftung“ ins Leben gerufen.⁷⁵ Das zeigt deutlich, dass Vilnius wegen der Bedeutung Weissrusslands als Nachbarstaat eine positivere Einstellung als Westeuropa zu diesem Land hat.

Die Kontakte Polens und Litauens zu Weissrussland finden jedoch ständig auf dem niedrigeren Niveau statt (sog. *track – two diplomacy* auf dem Expertenniveau), insbesondere in den Bereichen von Umweltschutz, Bildung, Kultur, sozialen Angelegenheiten und Grenzkooperation, der besonders viel Aufmerksamkeit letzters gewidmet wurde. Andererseits sind jedoch polnische und litauische Initiativen, z.B. an den Grenzübergängen, von keinen parallelen weissrussischen Aktivitäten begleitet. 1991 hat Polen eine der grössten Anlagen an der zukünftigen EU- Ostgrenze geöffnet – einen modernen Cargo Terminal in Krotoszyn an der Grenze mit Weissrussland. Im Fall Litauens können auf seiner Seite der Grenze zu Weissrussland dank der geführten Modernisierungsarbeiten 2000 Transitlastwagen abgefertigt werden, während die weissrussischen Kapazitäten nur einen kleinen Teil dieser Menge behandeln können.⁷⁶ Weiterhin hat Litauen die Demarkationsarbeiten an der Grenze schon beendet, während die Weissrussen nur 30 km der insgesamt 650 km langen Grenze mit der

⁷⁴ Jadwiga Stachura *Poland's bilateral relations. Belarus*, in: Aussenministerium der Republik Polen, Yearbook of Polish Foreign Policy 2002, Warszawa 2002, S. 280;

⁷⁵ Gricius, *Lithuania and its Belarussian policy*, S. 12;

⁷⁶ Gicius, *Lithuania and its Belarussian policy*, S. 6;

Sicherheitsinfrastruktur ausgestattet haben.⁷⁷ Die weissrussischen Behörden scheinen zu erwarten, dass ihre Teilnahme an der Grenzkooperation und an den Euroregionen Neman und Bug den Zufluss von Finanzmitteln für die Modernisierung der Grenzübergänge aus den Europäischen Institutionen herbeiführen wird.

Wie bemerkt, versucht die polnische Seite die Wirtschaftsbeziehungen zu Weissrussland zu bewahren. Trotz polnischem *guten Willen* haben sie jedoch einen ähnlichen Niedergang wie die politischen Kontakte erfahren. Wegen der ökonomischen Krise in Weissrussland ist der gegenseitige Handel von 540 Mio. USD im Jahr 1997 auf 400 Mio. USD ein Jahr später gesunken. 1999 ist der Handelsaustausch um weitere 30 Prozent gefallen.⁷⁸ Diese sinkende Tendenz bleibt erhalten. Im Jahre 2001 haben die polnischen Exporte nach Weissrussland 276 Mio. USD betragen und die Importe beliefen sich auf 145 Mio. USD.⁷⁹ Das Ausmass des Handelrückgangs lässt sich besser veranschaulichen, wenn man berücksichtigt, dass bis 1997 Polen der zweittwichtigste Handelspartner Weissrusslands nach Deutschland unter den Nicht – GUS Staaten war. Wegen ungünstiger Atmosphäre auf dem weissrussischen Markt, starrer Bürokratie und großen Risiken bei den Geschäften ziehen sich polnische Firmen aus Weissrussland zurück. Gegenwärtig beläuft sich das polnische Kapital in diesem Nachbarstaat nur auf 14 Mio. USD. Im Vergleich zum Jahr 1997, als die Beteiligung des polnischen Kapitals 80 Mio. USD betrug, zeigt sich, daß die ökonomische Kooperation im Niedergang begriffen ist.⁸⁰

Was die Handelsbeziehungen Litauens zu Weissrussland angeht, sind die Zahlen kleiner als im Fall Polens, aber das ist kein auf die Austauschdimension verweisender Faktor, weil Litauen viel kleiner ist und über ganz andere Kapazitäten als Polen verfügt. Die schon früher bemerkte wirtschaftliche Entwicklung dauerte bis zur Krise in Weissrussland (1998), wo der

⁷⁷ Aussenministerium der Republik Litauen, *Relations between the Republik of Lithuania and the Republik of Belarus*, 2002, unter: http://www.urm.lt/data/5/EF229347_bel.htm, S. 7;

⁷⁸ Stankiewicz, *Yearbook of Polish Foreign Policy* 1999, S. 185;

⁷⁹ Stachura, S. 281, Für Polen waren dies 0.9% seiner Exporte und 0.4% seiner Importe und für Weissrussland 3.8% der Exporte und 3.2% der Importe;

⁸⁰ **Zahlen stammen aus: Marek Ziórkowski, *Relations with Belarus* in: Aussenministerium der Republik Polen, *Yearbook of Polish Foreign Policy* 1997, Warszawa 1997, S. 167;**

Warenaustausch mehr als 500 Mio. USD betrug. Für Litauen waren es fünf Prozent des ganzen ausländischen Handelsvolumens. Bis 2000 war die deutliche Senkung des Austausches auf 209 Mio. USD zu bemerken. Jedoch ist seit 2001 wieder eine steigende Tendenz (266 Mio. USD)⁸¹ zu beobachten. Allerdings muß beachtet werden, dass die beiden Staaten für einander von grosser Bedeutung als Transitländer sind. Minsk kann erhebliche Schwierigkeiten für Handel den Litauens mit Russland bereiten. Zwar ist auch Transit durch Lettland nach Russland für Litauen möglich aber er wäre viel teurer als durch das Territorium Weissrusslands. Es gibt viele Probleme, die in diesem Bereich noch nicht gelöst wurden. Wegen seines Transitcharakters für Weissrusslands Handel mit dem Westen spielt Litauen für dieses Land ebenfalls eine grosse Rolle. Zur Zeit ist es vielleicht nicht so bedeutend, aber falls Minsk feste ökonomische Kontakte zum Westen aufbauen möchte, führt der kürzeste Weg nach Westen über den litauischen Seehafen Klaipeda. Schon vor einigen Jahren nutzte Lukaschenka seine Möglichkeiten einen Seehafen für weissrussische Waren zu wählen (Klaipeda, Kaliningrad oder Ventspiels in Lettland), um die Aussenpolitik Litauens zu beeinflussen.⁸² Eine solche Entscheidung soll natürlich durch wirtschaftliche Faktoren bestimmt werden, aber falls weissrussische Waren von Kaliningrad aus exportiert werden sollten, könnte das erhebliche Probleme für den Transit durch Territorien Litauens und Polens verursachen.

Die Entwicklung der ökonomischen Beziehungen wird durch mehrere bilaterale Treffen auf dem ministeriellen Niveau nachvollziehbar. Im Jahre 2000 wurden bilaterale Verträge über die Bedingungen des Transits und die Benutzung der litauischen Seehäfen für weissrussische Waren sowie über die Kooperation im Bereich des Zugtransports unterschrieben.⁸³ Es gibt Pläne der Einrichtung der Zugverbindungen zwischen Kena (Litauen) – Gudagojis (Weissrussland) – Minsk, sowie Vilnius – Molodechno (Weissrussland) – Minsk.

⁸¹ Zahlen stammen aus: Aussenministerium der Republik Litauen; *Relations between the Republik of Lithuania and Belarus*, 2002, S. 5;

⁸² Gricius, *The Belarus factor: the impact on Lithuanian's foreign policy and on its stability in the Baltic Region*, in: *Belarus at the crossroads*, S. 74;

⁸³ Aussenministerium der Republik Litauen, *Relations between the Republik of Lithuania and Belarus*, S. 1, 2;

Zur Zeit scheint das Grundproblem der polnischen und litauischen Politik gegenüber Minsk darin zu liegen, offizielle zwischenstaatliche Beziehungen zu unterhalten und gleichzeitig das autoritäre, menschenrechtsverletzende Regime nicht zu legitimieren. In einem Exposé des polnischen Ministerpräsidenten Leszek Miller vom Oktober 2001 wurde in bezug auf Weissrussland folgende Bemerkung gemacht: *„Man kann den Stand der Beziehungen zwischen Polen und Weissrussland nicht anders denn als unbefriedigend bezeichnen. Wir werden Mittel und Wege finden für einen Dialog und – sofern möglich – für eine Annäherung der Standpunkte.“*⁸⁴ Das ist nicht einfach durchzuführen aber eine solche Politik ist von Bedeutung für die Beziehungen Polens und Litauens zur Europäischen Union und ihre künftige politische Rolle in der Gemeinschaft.

3.4 Positiv zu bewerten – grenzüberschreitende Zusammenarbeit

In den internationalen Beziehungen bleiben die Staaten und ihre Regierungen nicht mehr die einzigen Akteure. Heutzutage werden Nichtregierungsorganisationen (NGOs) immer aktiver. Sie unterstützen den Aufbau der Zivilgesellschaft in den Staaten, die im Transformationsprozess zur Demokratie sind; ausserdem kümmern sie sich auch um Bildung, Gesundheitsfürsorge und sie leisten humanitäre Hilfe. Sie nehmen an den Aktivitäten in der grenzüberschreitenden Kooperation und Entwicklung der Grenz- und Euroregionen teil. Was die Entwicklung der NGOs in Polen und Litauen angeht, ist ihr breites Interesse an der internationalen Zusammenarbeit insbesondere seit 1990 deutlich zu sehen. Früher haben die entstehenden Organisationen die Erfahrung des Westens genutzt und gelernt, die ersten Kontakte mit den östlichen Partnern anzuknüpfen. Die schwierige Situation in Weissrussland und das Verbot der Soros- Stiftung dort mobilisierte die polnischen und litauischen NGOs zur aktiven Unterstützung der Opposition und grösserer Hilfeleistung. Im Folgendem werden nur einige der aktivsten polnischen sowie litauischen NGOs und ihre Aktivitäten in Weissrussland

⁸⁴ Smu³kowa, S. 213;

erwähnt.⁸⁵

Seit 1997 funktioniert ein durch Polen und Weissrussen in Bia³ystok gegründetes Zentrum der Bürgerbildung Polen–Weissrussland [Zentrum **Edukacji Obywatelskiej Polska – Bia³oru¶**]. Es realisiert verschiedene Initiativen wie: Ausbildung unabhängiger Journalisten, Jugendaustausch und Projekte für die Unterstützung der Entwicklung der Kultur. Seit 1998 organisiert das Zentrum der Internationalen Beziehungen [Centrum Stosunków **Miê dzynarodowych**] u.a. die **Schulen der Bürgerbildung für die jungen Weissrussen**. Erwähnenswert sind auch die Stefan– Batory- Stiftung [Fundacja im. Stefana Batorego], die seit 1998 aktiv die Integrationsprozesse in Mitteleuropa unterstützt und viele Programme in Weissrussland realisiert (Ost- Ost Programm, Forum Mitteleuropa) sowie das Maximilian- Kolbe- **Haus der Versöhnung und Begegnung [Dom Pojednania i Spotkañ im. ¶w. Maksymiliana Kolbego]**. Die letzte NGO organisiert seit 1992 Konferenzen, Seminare und Treffen für Teilnehmer aus europäischen und nicht- europäischen Ländern. Das Haus war an dem Pilotprojekt des Wiederaufbaus der Jugendstrukturen in Weissrussland beteiligt und hat dort auch Begegnungshäuser gegründet. Als eine der besten NGOs in Europa, in bezug auf Professionalismus und Erfahrung, gilt die Helsinki-Menschenrechte-Stiftung [**Helsiñska Fundacja Praw Cz³owieka**], die in Warschau 1989 gegründet wurde. Die Stiftung organisiert die Sommer- und Winterschulen für Menschenrechte, die schon 800 Personen, auch aus Weissrussland, absolviert haben. Weissrussland, wo seit 1997 ein spezialisiertes Programm existiert, befindet sich unter ihren Prioritätsstaaten.⁸⁶ Ähnliche Aktivität zeigt das Litauische Zentrum der Menschenrechte. Unter den anderen litauischen NGOs⁸⁷ ist insbesondere das Zentrum für Innovative Ausbildung zu erwähnen, das seit 1994 sog. *step by step* Programme in 28 Staaten, darunter auch Weissrussland,

⁸⁵ Die Informationen über NGOs stammen aus: Gra¿yna Czubek (Red.), *Miê dzynarodowa dzia³alnoœcpolskich organizacji pozarz' dowych*, [Internationale Aktivitäten der polnischen Nichtregierungsorganisationen], Fundacja im. Stefana Batorego, Warszawa 2002;

⁸⁶ andere polnische NGOs, die in Weissrussland aktiv sind: Fundacja Instytut na Rzecz Demokracji w Europie Wschodniej – IDEE [Institut für Demokratie in Westeuropa – IDEE – Stiftung], Fundacja Instytut Studiów Wschodnich [Istitut der Oststudien– Stiftung], Fundacja Pogranicze [Grenzland– Stifutg], Fundacja Rozwoju Demokracji Lokalnej [Stiftung für Entwicklung der Lokalen Demokratie];

⁸⁷ Die Informationen über litauische NGOs stammen aus der Internetseite: <http://www.online.lt/horg.htm> ;

realisiert. Ausserdem sind das Council of Lithuanian Youth Organisations und die Stiftung für Ausbildungsaustausch sehr aktiv im Bereich der Unterstützung der Kontakte zwischen den Jugendlichen.

Die NGOs nehmen auch an der grenzüberschreitenden Kooperation teil (z.B. Grenzland- Stiftung), indem sie humanitäre, soziale und finanzielle Hilfe u.a. den nationalen Minderheiten leisten, die Kontakte zwischen den Einwohnern der Grenzgebiete fördern und sich um Umweltschutz, z.B. in der Form der „ökologischen Lager“, sowie um kulturelle Entwicklung kümmern. Hier ist insbesondere das Litauische Zentrum für Umweltpolitik zu nennen, das die ökologischen Programme und Lager in den Grenzgebieten von Weissrussland und Kaliningrad organisiert. Allgemein ist die interregionale und Grenzkooperation ein effektives Instrument der Aussenpolitik der Staaten.

Zu anderen Akteuren, die sich an der grenzüberschreitenden Kooperation beteiligen, gehören lokale Behörden, Handelskammern, Fernsehen- und Rundfunksender, Universitäten und kulturelle Einrichtungen. Allgemein ist die Atmosphäre für diese Zusammenarbeit in der untersuchten Region nicht besonders gut, denn jede polnische oder litauische Aktivität in den Grenzregionen verursacht sofort politische „Konnotationen“ der weissrussischen Seite. Es gibt nicht viele Verträge zwischen Partnerstädten und Abkommen über bilaterale grenzüberschreitende Kooperation.⁸⁸ Die polnische und die litauische Seite beschwerten sich über den politisch verursachten Mangel an NGOs auf der weissrussischen Seite. Die lokalen weissrussischen Behörden akzeptieren grenzüberschreitende Aktivitäten nicht oder zeigen kein Verständnis. Ausserdem fehlen die Finanzmittel für Grenzkooperation und es gibt erhebliche Probleme bei der Überschreitung der weissrussischen Grenze durch Vertreter der westlichen NGOs.

Auch Euroregionen fördern die europäische Integration. Im Rahmen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit Polens und Litauens mit Weissrussland sind drei Euroregionen entstanden: „Neman“ (Niemen, Nemunas), „Bug“ und „Land der Seen“. Die 1997 entstandene Euroregion „Neman“ ist ein Beispiel der

⁸⁸ Piotr Helsinski, *Draft Assessment Report Poland – Belarus*, LACE PHARE CBC 1999, S. 3;

Zusammenarbeit zwischen drei Staaten, denn sie umfasst Gebiete Polens, Litauens und Weissrusslands. Dank der Bemühungen von Vilnius ist zusätzlich der Kaliningrader Bezirk in die Euroregion einbezogen. Die Ziele der Aktivitäten in der Region sind die Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im ökonomischen und Infrastrukturbereich, sowie Unterstützung der Bildung, der Kultur, des Sports, des Umweltschutzes und Tourismus. Schon bevor die Euroregion „Neman“ zu funktionieren begann, hat die EU es akzeptiert, ein Programm für die Entfaltung der Region mit der Einbeziehung der Finanzen im Rahmen von TACIS und PHARE zu schaffen.⁸⁹ Zu den letzten positiven Ereignissen in der Euroregion gehören die Konferenz „Neman ECON“ 2000 und 2001 und Jugendlager. Gerade werden auch zwei mit PHARE CREDO Mittel finanzierte Projekte durchgeführt: „*Energy Renovation Centre*“ und „*Regional Development Strategy*“.⁹⁰ Die schon erwähnte Euroregion „Bug“ wurde 1995 gegründet. Ausser Polen und Weissrussland nimmt die Ukraine daran teil, wobei zu betonen ist, dass wegen politischen Entscheidungen die weissrussische Provinz Brest erst drei Jahre später beigetreten ist. Die Euroregion „Land der Seen“ umfasst die Territorien Litauens, Weissrusslands und Lettlands. Bemerkenswert ist, dass insbesondere Litauen sich um die Förderung des Tourismus bemüht. Neue Touristinformationszentren sind in Grodno und Cherniakhovsk (Kaliningrad) entstanden.

Im Allgemeinen sind die Bemühungen Polens und Litauens um Verbesserung der grenzüberschreitenden Kooperation sowie Intensivierung der Aktivitäten in den Euroregionen zu begrüßen. Die Anwesenheit der NGOs leistet auch eine grosse Hilfe. Die Tätigkeit der litauischen und polnischen Akteure ist nicht zu unterschätzen, wenn man an die schlechten Bedingungen in Weissrussland und Barrieren im Funktionieren der grenzüberschreitenden Kooperation und Euroregionen denkt. Hinter den wortreichen Erklärungen der Zusammenarbeit der weissrussischen Regierung stehen meistens keine wirklichen Aktivitäten. Darüber hinaus ist zur Zeit die finanzielle Hilfe der EU für diese Regionen sehr

⁸⁹ **Andrzej Skrzydło**, *Development of transfrontier and interregional cooperation*, in: Aussenministerium der Republik Polen, Yearbook of Polish Foreign Policy 1997, Warszawa 1997, S. 91;

⁹⁰ *Draft Assessment Report Lithuania – Poland*, LACE PHARE CBC 2000, S. 5;

gering, z.B. ist das Programm INTERREG überhaupt nicht bekannt. Diese Situation wird sich natürlich mit dem EU-Beitritt Litauens und Polens ändern, denn solche Programme wie INTERREG, TACIS CBC (*cross-border cooperation*) oder PHARE werden für polnische und litauische Gebiete zugänglich sein.

3.5 Gefahren in der nahen Zukunft

Ausser den finanziellen Zuflüssen im Rahmen der Hilfsprogramme der EU für die grenzüberschreitende Kooperation und Aktivitäten in den Euroregionen werden mit dem EU- Beitritt Litauens und Polens in der nahen Zukunft gewisse Probleme, besonders für die Grenzgebiete Weissrusslands erwartet. Mit der Einführung der Visumpflicht wird das Gefühl der Isolierung in den östlichen Ländern wachsen. Auch der Warenaustausch im Rahmen der Schattenökonomie wird zurückgehen (Niedergang der Basare). Damit ist dann eine zunehmende Verarmung der Grenzgebiete verbunden.

Die Übernahme des *acquis communautaire*, wozu die EU- Beitrittskandidaten verpflichtet sind, verursacht im Rahmen des Schengener Regime eine Einführung der Visumpflicht für die Bürger der Drittstaaten bei der Einreise auf das Territorium der EU. Litauen hat die die Visumpflicht für die östlichen Nachbarn schon zu Beginn der 90er Jahre eingeführt, dabei für Weissrussland in 1993. Polen hat dies in bezug auf Weissrussland 2001 getan. Die Visumpflicht für die Ukraine und den Kaliningrader Oblast, was ja eine besonders heftige Debatte auf der europäischen Ebene hervorrief, wird 2003 entstehen.

Offene Grenzen bewirken viel Positives für die Grenzregionen. Dank dem Grenzhandel blühten solche Szädtte wie Grodno, Brest (Weissrussland) und **Przemyśl oder Białyystok (Polen). Besuche in den Staaten Mitteleuropas gaben** Weissrussen oder Bürgern anderer östlichen Länder erstmals die Möglichkeit zu sehen, wie die freie Marktwirtschaft funktioniert. Das hatte einen grossen Einfluss auf die nachwachsende Generation. Die Zahl der Grenzübertritte an der polnischen Ostgrenze ist seit 1990 ständig gewachsen und 1997 hat sie ihr

Maximum erreicht. 42 Prozent der Grenzübertritte von Weissrussen nach Polen am Ende 90er Jahre dienten dem Kleinhandel. Die Besucher aus den östlichen Ländern kauften in Polen sogar mehr als sie verkauften. Es wurde berechnet, dass der statistische „Tourist“ aus Weissrussland oder der Ukraine pro Tag seines Aufenthaltes in Polen 460 USD ausgab. Im Vergleich dazu gab ein Tourist aus Deutschland nur etwa 36 DM aus.⁹¹ Die polnischen Basare, wo 90 Prozent der Kunden Händler aus GUS- Staaten waren, haben in den Jahren 1997 – 1998 Umsätze von 7.42 Mrd. PLN⁹² erreicht. Der berühmteste polnische Jahrmarkt „Europa“ in Warschau hat in diesen Jahren Umsätze von 1.9 Mrd. PLN erreicht. 1998 ist die Zahl der Grenzübertritte wegen eines neuen Gesetzes, das die Vorschriften über die Form des Überschreitens der polnischen Grenzen verschärft hat, deutlich gesunken. Im Rahmen des Integrationsprozesses Polens in die EU wurde die Pflicht der Registrierung der Einladungen für Weissrussen und Russen eingeführt. Es wurden auch sogenannte Vouchers geprüft (Bestätigungen für den früheren Einkauf der Unterbringung und Verpflegung in Polen), deren Preis von 1 USD auf 20 USD gestiegen ist. Der Basar Handel ist drastisch zurückgegangen, manchmal um 80 Prozent.⁹³ Diese Krise gilt als Lackmustest für die Situation, die nach der Einführung der Visumpflicht passieren kann.

Die Einführung der Visumpflicht soll theoretisch keine neuen Trennlinien in Europa errichten. Die Schliessung der Grenzen ist dabei jedoch die für die Menschen in Weissrussland oder in der Ukraine die sichtbarste Konsequenz der EU-Osterweiterung. Es besteht für östliche Länder die Gefahr eines neuen Effekts der „Berliner Mauer“. Angesichts der sinkenden Tendenz in den Grenzübertritten, werden die Visa mit grosser Wahrscheinlichkeit auch die Kontakte der nationalen Minderheiten mit ihren Kernländern beeinträchtigen, sowie das Gefühl der Isolierung in den Bevölkerungen der östlichen Nachbarn verursachen. Um dem entgegenzuwirken, soll die Einführung der Visa von einer breiten Informationskampagne begleitet werden. Die polnische Seite hat die Idee der einfacheren Bedingungen der Einreise für Studenten, Sportler,

⁹¹ - **urawski vel Grajewski, S. 161;**

⁹² 1 PLN= 0.25 Euro;

⁹³ Jacek Cichocki, *Direct Neighbourhood: border issues and visa regulations – an Eastern perspective*, in: Iris Kempe (Hrsg.), *Beyond EU Enlargement*, Vol 1, Gütersloh 2001, S. 169;

Wissenschaftler, Mitarbeiter im Kulturbereich, Einwohner der Grenzregionen, für die die Familien besuchenden Personen sowie Vertreter der lokalen Regierungen und NGOs vorgeschlagen.⁹⁴ Ausserdem soll die Visaeinführung durch die Regierungen der östlichen Staaten nicht für Propaganda (wie im Falle Weissrusslands) genutzt werden (mehr darüber, siehe: Kapitel 5)

3.6 Zwischenfazit

Ziel dieses Kapitels war zu zeigen, dass trotz der internationalen Isolierung Weissrusslands und trotz der Tatsache, dass Russland zum de facto einzigen seiner ostpolitischen Ansprechpartner wurde, es notwendig ist, eine aktive Politik gegenüber Weissrussland zu betreiben. Der Präsident Lukaschenka begründete mehrmals seine prorussische politische Entscheidungen mit der Feststellung, dass im Westen niemand auf Weissrussland wartet. Man sollte diesem Zustand entgegenwirken. Die Absicht war zu beweisen, dass die Politik der EU- Beitrittsstaaten Polens und Litauens gegenüber Weissrussland sich wesentlich von der durch die Europäische Union betriebenen Politik unterscheidet.

Weissrussland ist das einzige GUS- Land, das nicht durch ein Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PCA) mit der EU verbunden ist. Zwar kam es 1995 zur Unterzeichnung des Vertrags, aber angesichts der Ereignisse in Weissrussland seit 1996 trat er nicht in Kraft. Dementsprechend wurden die Kontakte der EU mit der weissrussischen politischen Führung auf ein Minimum beschränkt und keine institutionalisierten Dialogformen geschaffen. Auch die TACIS- Hilfen wurden für Weissrussland von der EU weitgehend eingestellt. Die Gemeinschaft hat keine richtige Vertretung in der ehemaligen Sowjetrepublik, sie unterhält in Minsk lediglich ein kleines Büro, das der für Weissrussland zuständigen EU- Delegation in Kiev unterstellt ist.

⁹⁴ Vgl. **Jakub Boratyński / Grzegorz Gromadzki**, *Uchylone drzwi : wschodnia granica rozszerzonej Unii Europejskiej* [Wenig geöffnete Tür: Ostgrenze der erweiterten Europäischen Union], Fundacja im. Stefana **Batorego**, Warszawa 2001, S. 12 und **Zdzisław Najder**, *The Polish Eastern policy debate*, in: Aussenministerium der Republik Polen, Yearbook of Polish Foreign Policy 2001, Warszawa 2001, S. 283;

1997, wie erwähnt wurde, hoben der Euoparat und die NATO den Gaststatus für Weissrussland auf und die OSZE hat die Mitgliedschaft Weissrusslands suspendiert. Angesichts der Ereignisse dort, entsandte die OSZE 1998 lediglich eine ständige Beratungs- und Beobachtungsgruppe nach Minsk. Zu derselben Zeit haben Polen und Litauen versucht, eine aktive Politik gegenüber Weissrussland zu betreiben. Einerseits müssen die beiden Staaten angesichts des bevorstehenden EU- Beitritts die Haltung der EU in bezug auf Weissrussland unterstützen und das autoritäre Regime missbilligen, andererseits sollen sie mit dem direkten Nachbarn positive Kontakte behalten. Das ist auch in den Bemühungen der politischen Eliten beider Seiten zu sehen. Der politische Dialog, auch auf niedrigerem Niveau, ökonomische Beziehungen, das Engagement in der grenzüberschreitende Kooperation und das Funktionieren der Euroregionen haben eine positive Wirkung. Die Kontakte mit der politischen Opposition Weissrusslands, mit den nationalen Minderheiten und Aktivitäten der NGOs sind ebenfalls von grosser Bedeutung. Die EU hat keine konkrete Strategie gegenüber Weissrussland, deswegen scheint sich anzubieten, dass sie in der nahen Zukunft die Erfahrung der neuen Mitglieder – Polen und Litauen – in diesem Bereich nutzt. Die beiden Staaten sollten darum einen grossen Einfluss auf die neue „Ostpolitik“ der EU haben.

4 Die Ostpolitik gegenüber Kaliningrad

Nachdem die Kaliningrader militärische Sperrzone 1991 abgeschafft worden war, begann der Oblast grosses Interesse der Nachbarstaaten, Polen und Litauen, sowie der Bundesrepublik Deutschland zu erwecken. Angesichts der EU-Osterweiterung ist klar geworden, dass mit der EU-Mitgliedschaft der Ostseestaaten die bis jetzt „freundliche Nachbarumgebung“ verschwinden wird. Kaliningrad wird zu einer „Insel“, die von einem sich vom russischen unterscheidenden, politischen, wirtschaftlichen und militärischen System eingeschlossen werden wird. Es wurde auch klar, dass Kaliningrad es nie schaffen wird, ohne Auslandshilfe aus der Krise herauszukommen. Eine isolierte und unentwickelte Region, ein „faules Ei“ im europäischen Netz, würde Russland, der EU sowie neuen EU-Mitgliedern schaden. Aus diesem Grund haben Polen, Litauen und die EU schon vor ein paar Jahren versucht die Politik in der Region zu betreiben, die möglichst zu keinen negativen Ereignissen und Drohungen führen soll.

Im Unterschied zu den gestörten Verhältnissen zwischen der EU und Weissrussland, sind die EU-Kontakte mit Kaliningrad völlig anders.⁹⁵ Es gibt viel *good will* gegenüber Kaliningrad. Der Dialog über die Visumsfrage wurde mit Russland bis zum Herbst letztes Jahr geführt. Aus diesem Grund werden neben der Politik Polens und Litauens im Oblast am Anfang dieses Kapitels die Aktivitäten der EU dargestellt, um besser die gegenwärtige Situation in der Region zu verstehen. Ausserdem wurden die Beitrittskandidaten auch für die Politik der EU im Kaliningrader Bezirk engagiert. Weiterhin wird die individuelle Politik Polens und Litauens in Kaliningrad separat untersucht.

4.1 EU-Politik gegenüber Kaliningrad

Das Engagement der Europäischen Union in Kaliningrad zeigt sich in

⁹⁵ Die Beziehungen der EU mit der Russischen Föderation basieren seit 1994 auf einem Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PCA);

Hilfsprogrammen, aber auch in Projekten und Initiativen wie die „Nördliche Dimension“. Innerhalb von 10 Jahren wurden 30 Mio. Euro im Rahmen von TACIS für 18 verschiedene entwicklungsfördernde Programme, etwa für Landwirtschaft, Umweltschutz, Transport und Institutionenentwicklung in der Exklave ausgegeben. Durch TACIS werden auch die Projekte an den Grenzübergängen finanziert (automatisch gehören auch Polen und Litauen dazu), was für Kaliningrad besonders wichtig ist.⁹⁶ Das Interesse an der Vergrößerung der Kapazitäten und Infrastruktur an den Grenzen des Oblasts Kaliningrad wurde durch eine schnelle Antwort auf die russische Bitte bezüglich Hilfen bei Verbesserungen am Grenzübergang zwischen Kaliningrad und Litauen, Panemune- Sowjetsk sichtbar. Die Europäische Kommission hat sofort 2 Mio. Euro für diesen Zweck zu Verfügung gestellt.⁹⁷ Hilfe im Rahmen von TACIS (10.000 Euro für die Ausstattung und 5.000 Euro für den Kauf der Publikationen) hat auch das Euro-Info Zentrum bekommen, das an der Kaliningrader Universität eingerichtet wurde. Um die Projekte besser koordinieren zu können, hat man im letzten Jahr ein technisches TACIS-Büro in Kaliningrad gegründet. Eine Delegation der Europäischen Kommission ist dort an der Programmgestaltung aktiv beteiligt.⁹⁸ Die letzte Initiative der EU hat im Juli 2002 begonnen. Es soll ökologischen Problemen in Kaliningrad (neben St. Petersburg und der Barentsee) begegnet werden. In Brüssel hat man für diesen Zweck bis jetzt 100 Mio. Euro bereitgestellt. Im Rahmen dieser Initiative werden in Kaliningrad neue Müllverbrennungs- und Kläranlagen entstehen (der Bau einer Kläranlage dauert schon 20 Jahre), deren Baukosten auf 87 Mio. Euro geschätzt werden.⁹⁹

Eine weitere Initiative der EU, die u.a. auch Kaliningrad betrifft, ist die „Nördliche Dimension“, die von Finnland in 1995 vorgeschlagen, aber erst 1997

⁹⁶ Die EU hat in letzter Zeit für Modernisierung der Grenzübergänge im Oblast 6 Mio. Euro bestimmt, in: Andrzej Maciejewski, *Obwód gordyjski*, [Der gordische Knoten], in: Unia & Polska vom 19.03.2001;

⁹⁷ Sergounin A., *Kaliningrad, Russia an Europe*, Manuscript prepared for the Carnegie Endowment for International Peace, 2001, S. 25;

⁹⁸ Europäische Kommission (Hrsg.), *Abstimmung der Finanzierung im Rahmen von INTERREG und TACIS. Ein Leitfadens*, 2001, unter http://www.europa.eu.int/comm/external_relations/north_dim/conf/formin2/interreg_tac_de.pdf

⁹⁹ Bielecki J., *Rusza program pomocy UE dla Kaliningradu*, in: Rzeczpospolita vom 10.07.2002;

von der EU umgesetzt wurde. Außer den EU-Mitgliedern: Deutschland, Dänemark, Finnland und Schweden, gehören dazu auch Polen, die baltischen Republiken, wobei zu betonen ist, dass die Republik Litauen der aktivste Mitglied ist, Russland, Norwegen und Island. Die „Nördliche Dimension“ verfügt über keine eigenen Finanzmittel. Ihre Aufgabe ist die Zusammenarbeit in Nordeuropa zu intensivieren und zu versuchen, die Kooperation über die bestehenden und künftigen Außengrenzen hinweg zu stimulieren und zu verbessern. Dazu soll sie die Projekte anstoßen und Vorhaben anderer EU-Agenturen fördern. Hervorzuheben ist, dass die „Nördliche Dimension“ die erste EU-Initiative ist, die die Bedeutung Russlands und insbesondere seines nordwestlichen Teils und damit Kaliningrads für die Beziehungen der EU mit der Russischen Föderation unterstreicht. Ende der 90er Jahre hat die EU an einem Aktionsplan für die „Nördliche Dimension“ für die Jahre 2000-2003 gearbeitet, der 2000 während des EU-Gipfels in Feira akzeptiert wurde. In drei Bereichen, die in diesem Plan als Prioritäten bezeichnet wurden ist Hilfe für Kaliningrad zu finden.¹⁰⁰ Die Bedeutung Kaliningrads für die künftigen EU-Russland Beziehungen wurde hier in vollem Ausmaß anerkannt. Der Oblast bleibt eine Prioritätsregion für Initiativen im Rahmen von TACIS in Russland, insbesondere um ihr zu helfen, die Folgen seiner Enklavensituation zu erleichtern und den Abstand zu den Nachbarn zu überwinden. Während der Aussenministerkonferenz in Luxemburg 2001 wurden weitere 11,5 Mio. Euro (TACIS) für die Modernisierung der Grenzübergänge Tschernychewskoje-Kibarti (Kaliningrad-Litauen) und Bagrationowsk-Bezledy (Kaliningrad-Polen) bestimmt, als auch weitere Unterstützung für die Entwicklung kleiner und mittlerer Unternehmen und von Humankapital im Oblast.

Insgesamt ist die „Nördliche Dimension“ zu begrüßen, es wird jedoch in bezug auf Russland der Mangel an russischer konstruktiver Strategie stark kritisiert. Es gibt eine wachsende Zahl von Initiativen der EU für Kaliningrad, auch die Nachbarländer versuchen dort einige Projekte ins Leben zu rufen. Nur ist auf der russischen Seite keine Strategie zu erkennen, die auf die koordinierte Mitwirkung gerichtet wäre. Moskau gibt für die grenzüberschreitenden Projekte

¹⁰⁰ Council of the European Union (Hrsg.), *Full report on Northern Dimension Policies*, Brussels 2001, S. 5, unter:
http://www.europa.eu.int/comm/external_relations/north_dim/doc/full_report.pdf/;

keine Haushaltsmittel frei, es beteiligt sich nicht an den TACIS-Programmen.

Zu den Problemen, die mit der EU-Erweiterung verbunden sind, zählen vor allem die Visabestimmungen und Grenzkontrollen an den Grenzen zu Litauen und Polen für Kaliningrader, die in ihr Mutterland reisen. Die Beeinträchtigungen werden ungefähr 8 Mio. Menschen und 3 Mio. PKW betreffen, die jährlich die Grenzen zu den Nachbarstaaten überqueren.¹⁰¹ Da die Kontrollen an der deutsch-polnischen Grenze in 2006 beseitigt werden sollen, muss die zukünftige EU-Ostgrenze gut gesichert werden. Brüssel hat letztes Jahr beschlossen, endgültig ab 1. Juli 2003 Visa an den polnisch-russischen und litauisch-russischen Grenzen einzuführen. Dieses Problem hat eine heftige Debatte zwischen der EU und der Russischen Föderation verursacht, denn Moskau forderte ununterbrochen ein visafreies Grenzregime für Kaliningrader, was für die Europäische Kommission gar nicht in Frage kam. Es wurde eindeutig betont, dass die Lösungen ausschliesslich im Rahmen des Schengener Abkommens, d.h. nach dem Gemeinschaftsrecht gesucht werden konnten. Ein Kompromiss wurde im November letztes Jahr erreicht. Die EU wollte die Bezeichnung „Visum“ vermeiden, weil es negative Einstellung Moskaus verursachte. Deswegen hat die Gemeinschaft entschieden, FTD - *Facilitated Transit Document* und FRTD – *Facilitated Railway Transit Document* für die nach und von Kaliningrad reisenden Russen einzuführen.¹⁰² Die FTD als Quasi-Visa werden in den litauischen Konsulaten erteilt, während bei den FRTD die Formalitäten auch an der Grenze zu erledigen wären. Darüber hinaus hat sich die EU auch zu der Einführung der visafreien schnellen Transitzügen durch das Territorium Litauens in der Zukunft geäußert. Dafür müssen jedoch noch eine entsprechende Infrastruktur geschaffen und rechtliche sowie technische Probleme gelöst werden.¹⁰³ Ausserdem wird sich die Europäische Gemeinschaft bemühen die lange Wartezeit an den Grenzen (insbesondere mit Polen) zu verkürzen und den Russen bei der Konsulateröffnung zu helfen. Die Bitte um bessere Kooperation Russlands, was die Einrichtung der Konsulate der

¹⁰¹ Timmermann, *Die russische Exklave Kaliningrad im Kontext regionaler Kooperation*, S. 19;

¹⁰² Europäische Kommission (Hrsg.), *Communication from the Commission to the Council. Kaliningrad: Transit*, Brussels 2002, unter:
http://www.europa.eu.int/comm/external_relation/north_dim/doc/com02_510.pdf;

¹⁰³ Marek Menkiszak, *Szczyt Rosja – UE: Moskwa uniknęła propagandowej porażki*, [EU – Russland Gipfel: Moskau hat Propaganda Niederlage vermieden], OSW, Warszawa 2002, S. 1;

europäischen Ländern angeht, wurde erneut wiederholt. Die EU hat sich auch bereit erklärt, die internationalen modernen Pässe für die Einwohner der Exklave zu drucken, denn Moskau wäre nicht in der Lage, jährlich 50 tausend solcher Dokumente auszustellen. Darüber hinaus wurde unterstrichen, dass die FTD und FRTD für Kaliningrader wesentlich billiger sein werden als im EU-Standard vorgesehen. (Nach dem EU-Standard kostet ein einmaliges Quasi-Visum 30 Euro und ein mehrfaches 50 Euro¹⁰⁴).

4.2 Politik Litauens

Von den drei Baltischen Republiken hat Litauen die besten Beziehungen zu Russland. Es hat keine direkte Grenze mit dem Kernland und eine kleine russische Minderheit in Litauen hat wenig Gründe für Klagen. Für Litauen gehört die Frage Kaliningrad zu den wichtigsten in seiner Außenpolitik. Die Bedeutung der Kontakte mit der Exklave verdeutlicht die Äußerung des früheren Vizeministers der Außenbeziehungen Usackas in 1998: „Unserer Partner Nr. 1 in Russland ist der Kaliningrader Bezirk. Die Kontakte mit dem Oblast sind eine Frage der Stabilität.“¹⁰⁵ Tatsächlich scheint Litauen die Rolle der Lokomotive zu spielen, die die Region in Richtung der EU zu ziehen versucht. Dieses Land ist ein wichtiger Handelspartner Kaliningrads und der zweitgrößte Investitionsträger. Es gibt 411 registrierte *joint ventures* mit litauischer Teilnahme. Im Jahre 2001 hat Litauen 3.9 Mio. USD (fast 80 Prozent aller Investitionen) in Kaliningrad investiert.¹⁰⁶ Das Land liefert dem Oblast auch Energie. Die Beziehungen Litauens zum Kaliningrader Oblast beruhen auf dem bilateralen Übereinkommen über Zusammenarbeit und Entwicklung Kaliningrads im ökonomischen, sozialen und kulturellen Bereich, das 1991 mit Russland unterschrieben wurde.¹⁰⁷ 1994 hat das litauische Konsulat in Kaliningrad die Arbeit aufgenommen. Ein Jahr später wurde ein Vertrag

¹⁰⁴ Daten des polnischen Außenministeriums, nach B. Dubinski, Leiter der Abteilung für die neue Visumpolitik;

¹⁰⁵ Kretinin, *The Russian-Lithuanian Relationship: The Regional Aspect*, in: Lithuanian Foreign Policy Review, Nr. 2(6)/2000, S. 4, eigene Übersetzung;

¹⁰⁶ Außenministerium der Republik Litauen, *Lithuania's co-operation with the Kaliningrad Region of the Russian Federation*, unter: http://www.urm.lt/data/5/EF159562_kalin.htm;

¹⁰⁷ Außenministerium der Republik Litauen, *Lithuania's co-operation with the Kaliningrad Region of the Russian Federation*;

unterzeichnet, der den Kaliningratern ein Recht garantiert hat, 30 Tage in Litauen ohne Visum zu bleiben (vice versa wurde dasselbe den Litauern gewährleistet).¹⁰⁸ Zu betonen ist, dass es in allen drei Baltischen Republiken russische Minderheiten gibt. Nur Vilnius hat jedoch eine Lösung gesucht und gefunden, die den Kaliningratern erlaubte, ihre Familien zu besuchen.

Die Zusammenarbeit zwischen Vilnius und dem Kaliningrader Oblast entwickelt sich sehr positiv, und zwar auf verschiedenen Ebenen. Die Litauer haben den Beamten in der Exklave geholfen, ihre Verwaltungsqualifikationen und –Kenntnisse zu entwickeln, sie haben sich auch an der Regelung des Grenzverkehrs beteiligt. Während der ökonomischen Krise in Russland 1998 hat Litauen als erstes Land reagiert und humanitäre Hilfe (über 1 Mio. US-Dollar) den Kaliningratern gespendet.¹⁰⁹ Ende 1998 hat Vilnius ein Abkommen mit dem Oblast bezüglich 15 gemeinsamer Projekte abgeschlossen. Es handelte sich um Kooperation im Bereich des Umweltschutzes, des Transports und der Bildung. Ausserdem haben Litauen und Kaliningrad ohne Teilnahme Moskaus einen Kooperationsrat gegründet, der sich regelmässig trifft. Es treffen sich Arbeitsgruppen verschiedener Organisationen und der Parlamente. Seit 1999 ist Vilnius auf dem Gebiet der überschreitenden Kooperation auch in der Form der Teilnahme an den Euroregionen aktiv. Neben den Euroregionen „Neman“ und „Ostsee“ / „Baltic“ (siehe: Kapitel 4.3.), wo Litauen und Kaliningrad u.a. mit den polnischen Grenzregionen zusammenarbeitet, ist 1999 die Euroregion „Saule“ entstanden, an der auch Lettland teilnimmt.

Neben den Bemühungen der Regierungsaktivitäten im Bezirk ist auch das Wirken der litauischen NGOs¹¹⁰ sehr zu begrüßen. 1999 wurde ein gemeinsamer Verein der litauischen und Kaliningrader NGOs und akademischen Institutionen gegründet, der inoffiziell schon seit 1991 kooperiert hat. Seit dem Anfang der 90er Jahre ist die Aktivität des *Council of the Affairs of Lithuania Minor* sichtbar in der Region. Ausserdem sind erwähnenswert das

¹⁰⁸ Sander Huisman, *A new European Union policy for Kaliningrad*, Institute for Security Studies, Occasional Papers Nr. 33, Paris 2002, S. 31;

¹⁰⁹ Krickus, *The Kaliningrad Question*, in: Lanham, Maryland: Rowman and Littlefield 2001, S. 7;

¹¹⁰ Die Informationen über litauische NGOs stammen aus der Internetseite: <http://www.online.lt/horg.htm>;

Zentrum für Umweltpolitik, das Programme in den Grenzgebieten realisiert, sowie Stiftung für Ausbildungsaustausch und das *Council of Lithuanian Youth Organisations*, die aktiv im Ausbildungsbereich kooperieren. Die Universitäten von Klaipeda und Kaliningrad arbeiten auch eng zusammen. Es gibt weiterhin viele Projekte, die gemeinsam mit Polen realisiert werden, wie z.B. die internationale Konferenz „*Transborder Cooperation around the Baltic Sea: Realities and Perspectives*“, (Klaipeda 1998). Auch der Umweltschutz ist Gegenstand der Kooperation geworden. Im Jahr 2000 haben Vilnius und der Kaliningrader Bezirk es geschafft, das Grenzgebiet „Kuronian Split“ auf die Liste der Weltkulturerbes von UNESCO zu bringen.¹¹¹

Besonders zu loben ist das litauische Engagement für die Aktivitäten der „Nördlichen Dimension“. Litauen war Anreger der so genannten „Nida Initiative“. Bei der Arbeit an den Projekten im Rahmen der Nördlichen Dimension wurde festgestellt, dass es notwendig ist, enge Verbindungen zu den regionalen Behörden herzustellen. Deswegen hat die baltische Republik zusammen mit Russland eine Liste von Projekten, die hauptsächlich auf den Vorschlägen dieser regionalen Behörden beruhen, ausgearbeitet. Diese Art „Einkaufsliste“¹¹², bildete die „Nida Initiative I“ und wurde in Februar 2000 der Europäischen Kommission unterbreitet und hat eine bessere Einbettung der Kaliningrader Region in Programme im Rahmen der „Nördlichen Dimension“ zum Ziel. „Nida I“ umfasst sieben Projekte: Verkehr, Umweltschutz, Ausbildung der Beamten, Gestaltung der Eurofakultät an der Kaliningrader Universität, Aids –Überwachung, Handel und Investitionen, Kampf gegen Kriminalität und Zusammenarbeit an den Grenzen.¹¹³ Diese Liste wurde jedoch auf dem Gipfel in Feira abgelehnt, denn ohne vorangehende Vorbereitungen war es unmöglich für die EU, diese Projekte im Rahmen der Hilfsprogramme zu finanzieren. Vor dem Luxemburger Gipfel wurde eine kürzere „Einkaufsliste“, „Nida II“, mit fünf Vorschlägen aufgestellt. Neben Verkehrs- und Umweltprojekten sind wiederum Aids –Überwachung und Ausbildung von Zoll- und Grenzbeamten zu nennen. Diese fünf Probleme sind die Kernfragen für

¹¹¹ Raimundas Lopata / Vladas Sirutavicius, *Lithuania and the Kaliningrad Oblast: a Clearer Frame for Cooperation*, LFPR 3/1999, S. 7;

¹¹² Ignatavicius, Diskussionsbeitrag in: Körber-Stiftung, *121 Bergedorfer Gesprächskreis*, S.

101;

¹¹³ Sergounin, S. 31;

Litauen und Russland. „Nida II“ wurde dann zu einem trilateralen, (litauischen, russischen und polnischen) Gemeinschaftsprojekt ausgeweitet.¹¹⁴ Diese erste gemeinsame Initiative Litauens und Russlands war eine gute Einübung für die gemeinsame Kooperation und wurde auf der europäischen Ebene sehr begrüßt. Außer dem Engagement in diesen Nida Initiativen hat die Baltische Republik auf der europäischen Ebene einen erheblichen Beitrag zur Meinungsbildung in der Europäischen Kommission geleistet. In deren Äußerungen sind oft die litauischen Standpunkte bezüglich Kaliningrad zu finden.¹¹⁵

Was die gegenseitigen Beziehungen Litauens mit der Russischen Föderation wesentlich beeinträchtigte, war die Absicht der Baltischen Republik, NATO-Mitglied zu werden. Wenn dies geschieht, wird der Oblast nicht nur durch die EU sondern auch durch die NATO eingekreist. Obwohl Russland sich gegen die NATO-Erweiterung wandte, kann es sich jedoch nicht leisten, völlig auf die Zusammenarbeit mit Litauen zu verzichten, denn durch das Territorium dieses Landes läuft die kürzeste und günstigste Strecke, die Kaliningrad mit dem Mutterland verbindet. Ausserdem lässt Vilnius es nicht zu, dass das Problem seines NATO- Beitritts die bilateralen Beziehungen dominiert. Allerdings wurde die Ratifizierung des noch 1997 unterschriebenen litauisch-russischen Vertrags über den Grenzverlauf durch Moskau verzögert. Angesichts des EU-Beitritts Litauens muß mit Russland das Problem des militärischen Transit von Kaliningrad durch das Territorium Litauens endgültig in einem Abkommen geregelt werden.¹¹⁶

Es wurde schon darauf aufmerksam gemacht, dass das Schengener Visumsregime im Falle Kaliningrads Litauen als Transitland betrifft. Bis zum 2001 versuchte Vilnius einen Zwischenstatus bezüglich des Schengener Abkommens zu erreichen. Angesichts der entschiedenen Haltung der EU hat die Regierung dies Ziel aufgegeben und die Einstellung der EU akzeptiert. Die Vorbereitungen auf die Einführung der Visa haben begonnen und die Infrastruktur an den Grenzübergängen Kibarti / Tschernyshevskoje, Panemune

¹¹⁴ Ignatavicius, op. cit. S. 101;

¹¹⁵ Hyndle J. / Kutysz M., *Dzienia Litwy, Lotwy i Estonii do integracji z NATO i UE a stosunki tych krajow z Rosja*, [Bestrebungen Litauens, Lettlands und Estlands nach der EU- und NATO-Integration und ihre Beziehungen zu Russland], OSW Warszawa 2002, S. 7;

¹¹⁶ Huisman, S. 42;

/ Sovietsk und Nida / Morskoje wurde verbessert.¹¹⁷ Andererseits jedoch fürchten die Litauer, dass das Visaregime die Gewinne, die sie aus dem Personen- und Warentransit von und nach Kaliningrad erzielen, deutlich verkleinern wird. Aus diesem Grund hat die Baltische Republik Interesse an Erleichterungen im Visumsystem und nimmt an dessen Ausarbeitung in Brüssel aktiv teil. Litauen will möglichst viel Flexibilität (z.B. bezüglich den Visumspreisen) zu haben. Das scheint nach dem EU- Russland Gipfel vom November 2002 wahrscheinlich, denn es wurde beschlossen, dass die litauischen Behörden die Entscheidungen von den Einreisen der russischen Bürger auf Territorium Litauens treffen werden.¹¹⁸

4.3 Politik Polens im Oblast. Hat Polen Kaliningrad vergessen?

Die Republik Polen hat als der direkte Nachbar des Oblasts, Interesse an Stabilität in Kaliningrad, an Sicherheit für Investitionen und Kampf gegen Kriminalität. Im Gegensatz zu Litauen hat das Problem der Exklave aber keine Prioritätsbedeutung in der polnischen Außenpolitik. Polen befindet sich in anderer geopolitischer Lage als die Baltische Republik, die viel stärker durch das Visaregime in Kaliningrad, die Transitprobleme und andere wirtschaftliche Faktoren betroffen ist. In Polen wird das Problem des Kaliningrader Bezirks eher aus der sozialen und ökonomischen Perspektive betrachtet. Wie schon bemerkt wurde, wurde 2002 im polnischen Außenministerium als Erfolg anerkannt, dass Polen die Rolle des Transitlandes zu vermeiden konnte. Die Europäische Kommission hat betont, dass es weder wirtschaftliche noch humanitäre Gründe gibt, polnisches Territorium für den Verkehr zwischen den verschiedenen Teilen Russlands zu nutzen.¹¹⁹ Die Kooperation der polnischen nordöstlichen Woiwodschaften mit der russischen Grenzregion basiert auf dem in 1992 unterschriebenen Abkommen über die gegenseitige Zusammenarbeit. In

¹¹⁷ Außenministerium der Republik Litauen, *Lithuania's co-operation with the Kaliningrad Region of the Russian Federation*;

¹¹⁸ Europäische Kommission, *Joint Statement on Transit between the Kaliningrad Region and the Rest of the Russian Federation*, Brussels 11.11.2002, unter:

http://www.europa.eu.int/comm/external_relations/russia/summit_11_02/js_kalin.htm;

¹¹⁹ *Communication from the Commission to the Council. Kaliningrad: Transit*, S. 3;

Polen wurde das als Chance für die unterentwickelte Region Olsztyn gesehen. Die polnisch-russische grenzüberschreitenden Kontakte betreffen ausschließlich Kaliningrad, da Polen eine gemeinsame Grenze mit Russland nur durch diese Exklave hat. Die Entwicklung der Kooperation beaufsichtigt ein speziell 1994 dafür eingerichtetes Organ – die Polnisch– Russische Intergouvernementale Kommission für Kooperation zwischen polnischen Regionen und dem Kaliningrader Oblast.¹²⁰ Polen war auch das erste Land, das in Kaliningrad ein Konsulat 1993 eröffnete. Nachdem sich die Zusammenarbeit in den Bereichen von Transport, Landwirtschaft, Handel, Umweltschutz, Tourismus und Kultur entwickelt hatte, wurden auch fünf neue Grenzübergänge (für Strassen-, Zug- und Schiffverkehr) geöffnet.¹²¹ Einen negativen Einfluss auf die Beziehungen Polens zu Russland hatte jedoch eine mehrmals wiederholte Idee Moskaus, einen exterritorialen Korridor durch das polnische Territorium zu schaffen, der den Oblast mit dem Kernland und Weissrussland verbinden würde. Im Jahre 2001 hat Polen die erneuerte Anfrage noch einmal ablehnen müssen.¹²²

Im Unterschied zu Litauen, das die Kooperation mit dem Kaliningrader Bezirk auf dem nationalen Niveau führt, hat Polen diese Aufgabe an die Woiwodschaften delegiert. Besonders aktiv ist die Warminsko – Mazurskie Woiwodschaft, die an Kaliningrad grenzt. Nach dem EU- Beitritt werden für diese arme Region finanzielle Zuschüsse für die Stimulierung der regionalen Wirtschaft, für Infrastruktur, Grenzübergänge und Umweltschutz, zur Verfügung stehen, was dann wohl auf die Kooperation an den Grenzen zu Kaliningrad Einfluss haben wird.

Im Unterschied zum Engagement Litauens werden die polnischen Bemühungen im Rahmen der „Nördlichen Dimension“ als sehr mager bezeichnet. Tatsächlich waren die Vorschläge Warschaus zum Aktionsplan für die „Nördliche Dimension“ für die Jahre 2000-2003 ziemlich bescheiden: Verbesserung des

¹²⁰ Zurawski vel Grajewski, *Die östlichen Nachbarn Polens* in: Kempe I. / Meurs van W. / Ow von B. (Hrsg.), *Die EU- Beitrittskandidaten und ihre östlichen Nachbarn*, Gütersloh 1999, S. 165;

¹²¹ Ramunas Janusauskas, *Four tales on the King's Hill. The „Kaliningrad Puzzle“ in Lithuanian, Polish, Russian and Western Political Discourses*, Polish Academy of Sciences, Warszawa 2001, S. 59;

Kampfs gegen organisierte Kriminalität, Schaffung des regionalen Baltischen Fernseh-Netzwerks, Entwicklung der Eurofakultät an der Universität in Kaliningrad, sowie Verbesserung der Transport- und Energieinfrastruktur und des Umweltschutzes.¹²³ Andererseits jedoch wurde durch die Initiative Warschaws die Grenzinfrastruktur verbessert, im Jahre 2001 wurden fünfzehn neue Grenzübergänge mit der Finanzhilfe von PHARE geschaffen. Ausserdem werden die polnischen Konsulate in Russland, besonders in Kaliningrad modernisiert, um ihre Visumerteilungskapazitäten zu erhöhen. Letztes Jahr wurden die neuen Visaerteilungen in den Konsulaten Polens und Litauens im Oblast und im Mutterland getestet. Bis dahin erlaubte Moskau den Ausbau von diesen Konsulaten nicht, deshalb konnten sie bisher, jährlich lediglich fünfzigtausend (Polen) und einhundertfünfzigtausend (Litauen) Visa ausstellen. Was Polen betrifft, wird geschätzt, dass die Zahl der in Russland ausgestellten Transitdokumente ab 2003 auf 1.2 Mio. pro Jahr wachsen wird, was das Vierfache der Zahl aller gegenwärtig von den polnischen Konsulaten in der ganzen Welt erteilten Visa wäre.¹²⁴ Im Grunde genommen geht es Warschau darum, bei der Übernahme des Schengen *acquis* die guten Beziehungen zu dem östlichen Nachbar Russland aufrecht zu erhalten.

Man kann manchmal den Eindruck haben, dass in Warschau Kaliningrad eher als Problem und nicht als Chance für die eigene Entwicklung gesehen wird. Die frühere rechte Regierung war nicht besonders enthusiastisch eingestellt bezüglich des Ausbaus des polnischen Teils der Autobahn *Via Hanseatica*. Zur Zeit wird jedoch die Renovierung der so genannten „Berlin-Autobahn“, die Kaliningrad mit Elblag, Gdansk und Berlin verbindet, begonnen. Vor kurzem, hat die Polnische Fluggesellschaft LOT auch eine Flugverbindung zwischen Warschau und Kaliningrad eingerichtet. Es ist klar, dass die Interessen der polnischen östlichen Woiwodschaften von denen in Warschau abweichen. Hohe Arbeitslosenraten im Nordosten Polens führen dort zum Wunsch nach

¹²² Marcin Andrzej Piotrowski, *Kaliningrad District: Laboratory for Co-operation or Battleground?*, in: Aussenministerium der Republik Polen, Yearbook of Polish Foreign Policy 2002, Warszawa 2002, S. 368;

¹²³ **Wojciech Zaj'czkowski**, *Poland and Kaliningra Region: the Present and Future Prospects for Cooperation*, in: J. Baxendale / S. Dewar / D. Gowan (Hrsg.), *The EU & Kaliningrad. Kaliningrad and the Impact of EU Enlargement*, London 2000, S. 154;

¹²⁴ Zahlen stammen aus: Radziwinowicz W., „Kaliningrad niezgody“, in: Trybuna vom 30.05.02;

Vertiefung der wirtschaftlichen Kooperation mit Kaliningrad. Unumstritten ist, dass die Einführung der Visa für Kaliningrader insbesondere diese polnische und die russischen Grenzregionen stark beeinträchtigen wird. Der illegale Grenzhandel von Zigaretten, Alkohol und Drogen wird wohl verringert werden, was dann erhöhte Arbeitslosigkeit verursachen kann, denn viele Leute werden so eine oder sogar ihre einzige Einkommensquelle verlieren. Andererseits wird der illegale Handel dann nicht mehr so stark die Grenzkontrollen bestimmen, was zur Kürzung der Wartezeiten an den Grenzen beitragen kann. Kürzere Wartezeiten könnten ihrerseits die Korruption verringern, wenn man um schnellerer Grenzabfertigung willen nicht mehr Bestechungsgelder zahlen muß. Gegenwärtig ist das an den Grenzen zum Oblast sehr verbreitet.

In den letzten zwei Jahren behaupteten die polnischen Politiker, dass Kaliningrad ein Problem ist, dass nur zusammen mit dem Engagement und aktiver Teilnahme der EU gelöst werden konnte. Gegenwärtig widmet die linke Regierung dem Oblast nicht so grosse Aufmerksamkeit, wie es in den 90er Jahren der Fall war. Seit 2001 wird keine Bemerkung über den Kaliningrader Bezirk in der jährlichen Darstellung der Hauptaufgaben der Aussenpolitik gemacht. Allgemein vertieft die gegenwärtige Regierung in Polen jedoch die Kontakte mit Russland in einem positiven Geist, was auch in Russland bemerkt wird.¹²⁵

Auf dem Treffen der Vertreter aus Polen, Litauen und Russland in Juli letztes Jahr hat die polnische Seite ihr Interesse an wirtschaftlicher Kooperation mit dem Oblast geäußert. Außerdem würde sich Polen aktiv an dem Investitionsprozess beteiligen, der in dem letzten Programm der russischen Regierung für Kaliningrad vorgesehen wird. Leszek Miller's Regierung hat 29 Initiativen und Vorschläge der Kooperation mit der Region bezüglich Infrastruktur, Energieindustrie und Bau gemacht, was in den Medien „Minister Pol's Paket“ genannt wurde. Beispielsweise wurde die Modernisierung der Strassenverbindung Elblag – Kaliningrad, Eröffnung des zweiten Grenzübergangs Grzechotniki / Mamonowo, Verbesserung des Grenzübergangs

¹²⁵nicht publizierter Artikel, Karabeshkin L.A., *Complex Approach to the Kaliningrad Challenge: Opportunities for Finding Solutions in Framework of Bilateral and Multilateral Solutions*, S. 2;

Goldap / Gusev vorgeschlagen. Warschau hat auch den Bau des Kraftwerks in Kaliningrad, sowie des Montagewerks für das Busse produzierende Unternehmen Autosan angeboten. Die Eröffnung von *joint ventures* und Verbesserung der Schiff-, Zug- und Busverbindungen zwischen Polen und dem Oblast wurde befürwortet.¹²⁶ Laut dem polnischen Premierminister Leszek Miller wurde das Paket in Russland begrüßt, insbesondere, wenn es um die gemeinsame Modernisierung der Autobahn zwischen Kaliningrad und Elblag und die Entwicklung der Flugverbindung von Warschau geht.¹²⁷ Jedoch bereitet das Engagement in der Exklave, das finanziell unsicher ist, eine gewisse Sorge, mindestens bis zur Unterzeichnung des polnisch-russischen Vertrags über gegenseitigen Schutz und Unterstützung von Investitionen. Für Polen ist die Lage im Vergleich zu Litauen besser, weil durch das Territorium Polens keine Transitstrecke verläuft, die Kaliningrad mit dem Mutterland verbindet. Folglich wird die Einführung der Visa durch Polen keinen großen Einfluss auf den Transit zwischen den beiden Teilen der Russischen Föderation haben.

Zu betonen ist, dass Polen die Pionierarbeit in der Region in bezug auf Euroregionen gemacht hat. (Im Vergleich dazu wurde Litauen in diesem Bereich aktiv erst seit 1999). Die 1997 entstandene Euroregion „Neman“, zu der auch Kaliningrad gehört, wurde schon in dieser Arbeit in bezug auf die grenzüberschreitende Kooperation mit Weissrussland besprochen. 1998 wurde die Euroregion „Ostsee“ („Baltic“) gegründet, die außer Kaliningrad die **polnischen Bezirke: Elbląg, Gdańsk, Olsztyn und Suwałki umfasst. Darüber** hinaus gehören dazu auch Liepāja in Lettland, Klaipėda in Litauen, Territorien im Süden Schwedens sowie das dänische Bornholm. Die Zusammenarbeit entwickelt sich hauptsächlich in den Bereichen von Industrie, Landwirtschaft, Transport und Kommunikation, Austausch von *know-how*, Transfer von Technologie und Umweltschutz.¹²⁸ Zu Beginn der Existenz dieser Euroregion wurde in Polen die Baltic Expo '99 Messe organisiert, wo die in der Region wirkenden Firmen ihre Leistungen präsentieren konnten. Ein Projekt zur Verhinderung der Gefährdung der Ostsee durch radioaktive Abfälle, wofür sich insbesondere polnische und russische Vertreter einsetzten, wurde ebenfalls

¹²⁶ Piotrowski, S. 370;

¹²⁷ Dabski W., „Wizowy bol glowy“ in: Trybuna vom 23.07.02;

¹²⁸ *Draft Assessment Report Lithuania – Poland*, LACE PHARE CBC 2000, S. 4;

bearbeitet.¹²⁹ Geplant sind weiterhin gemeinsame Projekte in den Bereichen Ausstellungswesen, Transport, Bildung und Tourismus.

Wie im Fall Weissrusslands ist die Aktivität der polnischen NGOs zu begrüßen.¹³⁰ Besonders aktiv sind in letzter Zeit *Fundacja im. Stefana Batorego* und *Fundacja Instytut Studiów Wschodnich*, die Ferienpraktika für Jugend und Studenten aus Polen und Kaliningrad organisieren. *Fundacja Pogranicze* wirkt auch durch ihre kulturelle und Bildungsaktivität in der Region. Von Bedeutung ist auch *Wspólnota Kulturowa Borussia* [Kulturgemeinschaft Borussia], die 1990 in Olsztyn gegründet wurde und enge Kontakte mit dem Journalistenklub in Kaliningrad hält. Im Rahmen der grenzüberschreitenden Kooperation werden auch verschiedene gemeinsame Projekte realisiert. In der Zusammenarbeit mit Studenten aus der Kaliningrader Exklave wird ein Programm für junge Leute „Barrieren, Brücken, Hoffnungen“ organisiert. Der Programm „Woher sind wir?“, das in der Woiwodschaft Warminsko- Mazurskie und im Oblast realisiert wird, gilt der Bewahrung der Kulturschätze Ostpreussens. Der Entwicklung der Kontakte zwischen den Einwohnern der Grenzgebieten dienen Programme wie z.B. „*Prze³amuj' c izolacjê*“ [die Isolierung überwindend] oder „*£' czy nas demokracja*“ [Die Demokratie verbindet uns], die durch polnische NGOs zusammen mit den litauischen betrieben werden. Um die Kooperation zwischen den Kaliningrader und polnischen NGOs zu vereinfachen, wurde eine Übersicht der NGOs im Kaliningrader Oblast herausgegeben.

Das Problem der polnischen Politik gegenüber Kaliningrad liegt darin, dass sie keine Priorität für Warschau hat (die Ostpolitik, wie bemerkt wurde, konzentriert sich auf die Ukraine) und dass sie den Umständen entspringt und keine durchgehende Linie hat. Es kommen die Initiativen von den lokalen und regionalen Regierungen und richten sich an die entsprechenden Behörden, während Warschaus Vorschläge in bezug auf Kaliningrad an Moskau gehen.¹³¹

¹²⁹ Pichor T.D., *Euroregion „Baltic“: Ein schwieriger Anfang*, in: WeltTrends Nr. 23, 1999, S. 102;

¹³⁰ Die Informationen über NGOs stammen aus: Grażyna Czubek (Red.), *Międzynarodowa dzia³alnoœæ polskich organizacji pozarz¹dowych*;

¹³¹ Huisman, S. 34;

4.4 Bewertung

Die Politik Litauens im Kaliningrader Exklave unterscheidet sich von der Aktivitäten Polens dort, aber beide Staaten leisten dem Bezirk eine grosse Hilfe. Auch der Europarat hat während seiner Sitzung im Februar dieses Jahr die bilateralen Beziehungen, die Kooperationsräte für grenzüberschreitende Zusammenarbeit, die die beiden Staaten mit Kaliningrad bilden, sowie Aktivitäten in den Euroregionen sehr gelobt.¹³² Das Europäische Parlament hat in seiner Debatte letztes Jahr seine Aufmerksamkeit der Exklave und den Grenzproblemen angesichts der EU- Osterweiterung gewidmet. Es betonte, dass die Schwierigkeiten an den Grenzen zwischen Litauen, Polen und Kaliningrad durch unangemessene und ineffiziente Verwaltung sowie übermäßig komplizierte Verfahren verursacht werden. Deswegen sollen diesbezüglich zusammen mit den Behörden von Kaliningrad Projekte entwickelt werden, um die Infrastruktur für den Grenzverkehr und die Qualifikation der Grenz- und Zollbeamten zu verbessern. In Antwort darauf versuchen die beiden EU- Beitrittsländer durch gemeinsame Initiativen sich und Kaliningrad auf die EU- Osterweiterung und die Situation nach der Visumseinführung vorzubereiten. Z.B. gibt es Vorschläge, um zusammen mit Russland die Schulungen für Grenzschutz- und Zollbeamte, sowie Verwaltungsbeamte und kleine und mittlere Unternehmen in dem Oblast zu organisieren.

Es ist aber zu bedauern, dass es keine Gespräche zwischen Vilnius und Warschau über praktische Koordination bezüglich Kaliningrad gibt. Die Litauer zeigen hier mehr Initiative. Der Vorsitzende des litauischen Parlaments hat ein trilaterales Treffen zwischen den Vorsitzenden der Parlamenten Litauens, Polens und Russlands vorgeschlagen. Während dieses Gipfels sollen die Aussichten für Kaliningrad nach der EU- Osterweiterung untersucht werden. Ausserdem hofft Litauen, ein Treffen mit der Europäischen Kommission zu organisieren, wo auch Polen und Russland teilnehmen würden, um über die Zukunft des Oblasts zu debattieren. Unbestritten erweist sich Litauen als der aktivste Akteur in der Region um Kaliningrad und Fürsprecher der Exklave. Natürlich hat die Rolle

des Transitlandes auf Litauens Sicht der eigenen Rolle einen grossen Einfluss. Jedoch muss man unterstreichen, dass nicht nur die Visumseinführung für Kaliningrader diese Politik in Vilnius verursacht. Die baltische Republik kümmert sich auch um ökonomischen Aufschwung Kaliningrads, indem sie viel dort investiert und *joint ventures* gründet. Das ist auch in ihrer Aktivität im Rahmen der „Nördlichen Dimension“ erkennbar. Man kann davon ausgehen, dass Litauen die aktive Unterstützung des Oblasts nach der EU- Osterweiterung befürworten wird und sich um den entsprechenden Einfluss auf die EU-Ostpolitik und deren Wirkung in der Exklave bemühen wird.

¹³² Council of Europe, Congress of Local and Regional Authorities of Europe, *Explanatory Memorandum on fostering transborder co-operation in the Kaliningrad Region: A requirement of social cohesion*, Strasbourg 2003, S. 4 – 8;

5 Perspektiven

Es steht ausser Zweifel, dass die Osterweiterung der Europäischen Union in den nächsten Jahren der wichtigste externe Einflussfaktor auf die innere Entwicklung in den östlichen Nachbarländern sein wird. Mit dem EU-Beitritt Polens und Litauens werden sowohl positive als auch negative Folgen für diese Region erwartet. Für die zukünftigen Nachbarstaaten der EU werden sich die Handelsmöglichkeiten erheblich erweitern und neue Chancen, ausländische Investitionen zu gewinnen, ergeben. Zudem kann es für den Export von erheblichem Vorteil sein, dass ein nach einheitlichen Regeln funktionierender Markt bald entstehen wird, der 300 Millionen Menschen umfasst. Doch hängen die positiven Folgen für die östlichen Länder von ihrer Bereitschaft zur Kooperation und ihrer Einstellung zum erweiterten Europa ab. Vermutlich wird die erweiterte EU nach Expertenprognosen für die Ukraine zum Handelspartner Nr. 1. Auch für Weissrussland wird das Gewicht des EU- Anteils am Aussenhandel steigen, allerdings voraussichtlich auf lediglich 20 Prozent.¹³³ Nach dem EU- Beitritt von Polen und Litauen werden auch weiterhin finanzielle Zuflüsse für die Entwicklung der Grenzregionen im Rahmen von TACIS und INTERREG erwartet, was sicher eine positive Wirkung für die Territorien Weissrusslands und des Kaliningrader Oblasts haben wird.

Dennoch überwiegen in den östlichen Ländern, auch in Weissrussland und im Kaliningrader Bezirk hinsichtlich der Folgen der EU- Osterweiterung die Sorgen und Ängste. Tatsächlich droht durch die Osterweiterungsrunde eine Zunahme der Asymmetrien in der ökonomischen Entwicklung zwischen den neuen EU-Mitgliedstaaten und ihren Nachbarn. Es ist klar, dass Polen und Litauen die EU-Normen vollständig übernehmen sowie die Handelsbeschränkungen und Anti-Dumping-Regeln der EU gegenüber ihren Nachbarstaaten anwenden müssen.¹³⁴ Die negativen Auswirkungen sind teilweise schon spürbar. Beispielsweise plant Polen bis 2003 über hundert wirtschaftliche Vereinbarungen mit seinen östlichen Nachbarn, darunter auch Weissrussland, zu kündigen, da ihr Inhalt

¹³³ Sahm, S. 1399;

¹³⁴ op. cit.;

EU-Normen widerspricht.¹³⁵ Darüber hinaus werden Polen und Litauen auf den EU-Märkten wettbewerbsfähiger sein als z.B. Weissrussland. Deswegen könnten die Oststaaten ihre Marktpositionen durch die EU-Osterweiterung teilweise verlieren und sich Defizite im Handel mit dem Westen vergrößern.

Die nächste, schon besprochene negative Folge der EU-Osterweiterung ist die Einführung der mit dem Schengenregime konformen Visa für östliche Nachbarstaaten, die ausserhalb der EU bleiben. Damit würde zwar kein „Eiserner Vorhang“ durch das neue Grenzregime entstehen, aber von Glas- oder Papiervorhängen wird durchaus gesprochen. Der grenzüberschreitende Verkehr nach Polen und Litauen würde sich verringern und darunter kann auch der Handel in den Grenzregionen leiden und die ökonomische Situation für die Bevölkerung sich verschlechtern.

Es ist zu befürchten, daß sich aus solchen Entwicklungen ein Gefühl der Isolierung in Weißrußland und der Ukraine ergeben könnte. Und es könnte der Anreiz für eine vermehrte Tätigkeit der organisierten Kriminalität damit gegeben werden. Entgegen den Wünschen und Absichten ergäbe sich dadurch eine Erschwerung des Lebens der normalen Menschen in den Grenzregionen. So wird im Jahr 2003 die Einführung der Visa für Kaliningrad und die Ukraine zu einem Prüfstein für die Vermeidung neuer Trennlinien in Europa.

Angesichts dieser Benachteiligungen durch die zu erwartende Situation hinter der zukünftigen Ostgrenze der EU können Polen und Litauen als EU-Beitrittskandidaten versuchen manches positiver zu gestalten.

Ihre vorrangige Aufgabe wäre es, eine Region der „freundlichen Nachbarschaft“ herzustellen. Empfehlenswert wäre, dass die beiden Staaten eine gemeinsame Strategie gegenüber Weissrussland und Kaliningrad entwickeln, in die auch die wirtschaftlichen und sozialen Aspekte eingebettet werden. Insbesondere scheint eine gemeinsame litauisch- polnische Politik gegenüber Weissrussland vonnöten **zu sein. Nützlich wäre, was auch der polnische Präsident Kwasniewski** während der letzten Konferenz der Stefan- Batory- Stiftung über Ostpolitik der

¹³⁵ Wladimir Ulachowitsch, *Im Schatten der Europäischen Union und Russland? Die Folgen der*

erweiterten EU im Februar dieses Jahr in Warschau betont hat, dass Polen und Litauen ihr grosses Wissen über die Lage und die Transformationsprozesse in ihren östlich gelegenen Nachbarstaaten einbringen. Sie genießen dort auch ein größeres Vertrauen als die EU. Dabei spielen die Ähnlichkeit der Kulturen, Sprachen und die gemeinsame Geschichte der Staaten in der Region eine erhebliche Rolle.¹³⁶

Polen und Litauen könnten Weissrussland ermutigen, sich gegenüber Rußland eine starke Unabhängigkeit zu bewahren. Die Bemühungen um positive Beziehungen zu Minsk, die Initiativen für die Entwicklung der Euroregionen, die grenzüberschreitende Kooperation, die Unterstützung von Aktivitäten der NGOs seitens Polen und Litauen tragen ohne Zweifel dazu bei, das Isolierungsgefühl in Weissrussland und Kaliningrad zu mildern und dadurch die Fenster nach Westen für diese Staaten offen zu halten. Polen und Litauen leisten Hilfe zur Selbsthilfe, indem sie Stipendien für weissrussische und Kaliningrader Studenten anbieten oder finanziell den Kulturaustausch unterstützen und offiziellen grenzüberschreitenden Handel fördern.

In dieser Arbeit wurde ausführlich die Ostpolitik Polens und Litauens gegenüber Weissrussland und Kaliningrad dargestellt. Es wurde auch betont, dass die EU keine Strategie, insbesondere bezüglich Weissrussland hat (in Kaliningrad entwickelt sich die Zusammenarbeit relativ positiv) und die Erfahrungen der Beitrittsstaaten für ihre Ostpolitik nutzen sollte. In dieser Richtung haben Polen und Litauen mehrere Vorschläge für eine neue EU-Strategie einer „direkten Nachbarschaft“ gemacht.¹³⁷ Eine neue EU-Ostpolitik würde sich damit nur auf

EU- Osterweiterung für Belarus, in: Belarus – News 1/2001, S. 2-3;

¹³⁶ Marcin Wojciechowski, *W Warszawie debatowano o Wschodnim Wymiarze UE*, [In Warschau wurde die Östliche Dimension der EU diskutiert], in: *Gazeta Wyborcza* vom 22.02.2003;

¹³⁷ Die dargestellte Vorschläge stammen aus: Aussenministerium der Republik Litauen, *Non – Paper* vom Februar und Mai 2003; Aussenministerium der Republik Polen, *Non – Paper* vom **Februar 2003; Berichte der Stefan- Batory- Stiftung: Boratyński / Gromadzki, Uchylone drzwi: wschodnia granica rozszerzonej Unii Europejskiej, Gromadzki / Osica, *Proeuropejscy atlantyści: Polska i inne kraje Europy Środkowo- Wschodniej po wejściu do Unii Europejskiej*, [Proeuropäische Atlantisten: Polen und andere staaten Mitteleuropa nach dem EU- Beitritt], Naumczuk et al., *Zapomniany świat- Bia³oruś w kontekście rozszerzenia UE na wschód, Warszawa 2001; Katarzyna Pe³czyńska- Na³ecz / Alexander Duleba / Laszlo Poti / Vladimir Votapek, Polityka wschodnia Unii Europejskiej: perspektywa krajów wyszehradzkich. Myśl c o Wymiarze Wschodnim*, [Ostpolitik der EU: Die Perspektive der**

die nächsten Nachbarn, Russland, die Ukraine, und Weissrussland konzentrieren. Nach dem EU- Beitritt Rumäniens soll noch allerdings noch Moldova dazu stossen.

Von grosser Bedeutung ist die Intensivierung der Aktivitäten im Rahmen der „Nördlichen Dimension“, in die allerdings derzeit nur Russland einbezogen ist. Polen hat deswegen vorgeschlagen auch eine „Östliche Dimension“ auszuarbeiten, die komplementär zur „Nördlichen Dimension“ wäre und eine Strategie für die anderen östlichen direkte EU- Nachbarstaaten entwickeln würde. Sie würde dann den Rahmen für die breit verstandene Ostpolitik der EU schaffen. Die Beziehungen der EU mit den einzelnen neuen Nachbarn sollen jedoch unterschiedlich sein und vom Fortschritt der Reformprozesse in den Staaten sowie vom Konvergenzniveau ihrer Werte und ihrer Aussenpolitik mit den Werten und der Aussenpolitik der EU abhängen. Die polnischen und litauischen Experten deuten ausserdem darauf hin, dass die Institutionen und NGOs während der Transformationsprozesse in der Region grosse Erfahrung und Spezialwissen gewonnen haben. Angesichts ihres Engagements in bi- und multilateralen Projekte in Weissrussland und Kaliningrad sollte die zukünftige EU- Ostpolitik auf drei Säulen aufruhren: Neben der gemeinsamen Aussenpolitik (im Rahmen der GASP) gäbe es die bi- und multilaterale der nationalstaatlichen Regierungen und obendrein eine Kooperation, die die NGOs und andere Akteure engagieren würde.

Im Falle Weissrusslands wird betont, dass die EU sich bemühen sollte, die Kontakte mit den prodemokratischen Eliten und lokalen weissrussischen Regierungen aufzunehmen. Auch sollen die grenzüberschreitende Kooperation, zwischenmenschliche Kontakte, Medien und NGOs von der EU unterstützt werden. Um die neue Ostpolitik der EU effektiv und dynamisch führen zu können, wird von Polen und Litauen angeboten, einen mittelfristigen Aktionsplan für die „Östliche Dimension“ sowie separate Aktionspläne bezüglich der Kooperation mit einzelnen neuen EU-Nachbarstaaten auszuarbeiten. Diese Politik soll auch durch Hilfsprogramme verschiedener Art unterstützt werden. Deswegen schlägt Polen vor, eine Europäische Stiftung für

Demokratie [*Europejski Fundusz Demokracji*] oder einen Europäischen Freiheitsfonds [*Europejski Fundusz Wolności*] ins Leben zu rufen. Eine andere Überlegung gilt einem Europäischen Friedenskorps [*Europejski Fundusz Pokoju*], das auf positiven Erfahrungen des amerikanischen Korps basieren könnte. Solche Institutionen würden die Verwirklichung der Hilfsprogrammen für östliche Länder erleichtern. Grosse Hilfe könnte auch im Bereich der Entwicklung des Humankapitals durch ein Europäisches Stipendienprogramm [*Europejski Program Stypendialny*] oder ein Europäisches Praktikumsprogramm [*Europejski Program Stażów*] seitens der EU geleistet werden.

In bezug auf Weissrussland weisen die EU- Beitrittskandidaten darauf hin, dass die EU dieses Land als Akteur in der Aussenpolitik betrachten soll. Die Beziehungen mit Weissrussland sollten nicht im Kontext des EU-Verhältnisses zu Russland geführt werden. Es wird sogar darüber nachgedacht, ob nicht die EU offiziell erklären soll, dass sie eine zukünftige EU- Mitgliedschaft Weissrusslands nicht ausschliesst. Das scheint auch tatsächlich zunehmend in der EU verstanden zu werden. Zumindest hat das Europäische Parlament bereits mehrmals betont, dass keinem der zukünftigen EU- Nachbarländer eine Beitrittsperspektive prinzipiell verweigert werden darf.¹³⁸ Solche europäische Perspektive würde dem Stereotyp in der östlichen, darunter auch insbesondere weissrussischen Bevölkerung entgegenwirken, dass „in Europa niemand auf sie wartet“. Zugleich wäre deutlich zu machen, daß die Mißbilligung der nichtdemokratischen Entscheidungen Lukaschenkas, nicht mit der Ablehnung Weissrusslands und seiner Bürger identisch ist. Was das Schengen-Regime gegenüber Weissrussland betrifft, vertritt Polen den Standpunkt, dass man in der Zukunft das Streichen der Staaten Osteuropas aus der sog. „schwarzen Liste“ überlegen sollte. Weissrussland hat kein sehr großes Migrationspotenzial und grosse politische Veränderungen, wie beispielsweise die Beendigung des Regimes Lukaschenkas wären eigentlich ein Grund für die Abschaffung der EU-Visa.

Polen und Litauen haben sich um das Verständnis der Nachbarn für die

Lithuanian's Foreign Policy and on Stability in the Baltic Region;

Einführung der EU-Visa in der Region bemüht. Dies sollte mit einer gemeinsam vorbereiteten EU-Visastrategie beim Einführungsprozess fortgesetzt werden. Dass eine Informationskampagne die neue Situation den Bevölkerungen verständlich machen sollte trüge zur guten Nachbarschaft bei. Über die Anforderungen und Verfahrensweisen der Ausstellung von FTD und FRTD muß informiert werden. Je transparenter die Abläufe sind, desto geringer sind die Anreize zum Missbrauch. Die Furcht vor einem neuen „eisernen Vorhang“ im Osten Europas würde genommen. Probleme für Minderheiten bei Schliessung der Grenzen würden vermieden, wenn man spezielle Regeln für den sog. kleinen Grenzverkehr einführen könnte. Damit ließen sich „gemeinsame“ Grenzzonen von jeweils einigen Kilometern beiderseits der Grenze einrichten, deren Einwohnern das gegenseitige Besuchen erleichtert gestattet werden könnte.

In den nächsten Jahren wird man Erfahrungen sammeln, wie die ausgearbeiteten Lösungen in der Visumsfrage in Weissrussland und insbesondere im Kaliningrader Oblast funktionieren. Angesichts der EU-Osterweiterung, ihrer Folgen für Weissrussland und Kaliningrad und den damit verbundenen Veränderungen auf der politischen Landkarte Europas kann man zukünftige Szenarien für die ehemalige Sowjetrepublik und die Kaliningrader Exklave überlegen. Zwar deutet die gegenwärtige Aussenpolitik von Minsk an, dass die Zukunft von Weissrussland schwer vorherzusehen ist. Jedoch kann man sich zwei entgegengesetzte Vorstellungen für Weissrussland machen.

Falls Präsident Lukaschenka die politische Isolierung Weissrusslands steigern und weiter sein autoritäres Regime ausbauen wird, ist zu erwarten, dass auch die EU ihren Standpunkt bezüglich Minsk beibehalten wird. Im entgegengesetzten Fall würde die EU ihre Politik wohl völlig verändern, falls Lukaschenka die Parlamentswahlen verlieren und eine Verfassungsänderung vorgenommen würde.¹³⁹ Es scheint aber, dass eine solche Entwicklung lediglich mit der Hilfe der EU und den Nachbarn Weissrusslands, insbesondere Russland, möglich wäre. Man darf aber annehmen, dass Polen und Litauen bereit wären, sich

¹³⁸ Sahm, S. 1404;

¹³⁹ Gricius, *The Belarus Factor: The Impact on Lithuanian's Foreign Policy and on Stability in the Baltic Region*, S. 78 – 78;

nachdrücklich zu engagieren, um eine solche Zukunft für Minsk zu ermöglichen. Ob die Russische Föderation dieselbe Einstellung hätte, ist sehr schwer festzustellen.

Was mögliche Szenarien für Kaliningrad angeht, eröffnet die Lösung der Transit- und Visumsfrage neue strategische Möglichkeiten der Kooperation. Einerseits kann man ein grosses Engagement von Polen und Litauen im Oblast beobachten, was die grenzüberschreitende Kooperation und, insbesondere von der litauischen Seite, Sorge für einen ökonomischen Aufschwung der Exklave angeht. Andererseits jedoch muss ein gemeinsames europäisch-russländisches Konzept zur Entwicklung der Infrastruktur des Gebietes gefunden werden. Sollte keine Einigung mit der EU gefunden werden, würde Kaliningrad wegen des asymmetrischen Nachbarschaftsverhältnisses mit großer Wahrscheinlichkeit ein Störfaktor im Ostseeraum werden. Man würde eine Zunahme von Kriminalität, Arbeitslosigkeit (sinkendem Engagement ausländischer Investoren) und Unberechenbarkeit befürchten müssen. Im Falle einer Kooperation zwischen Brüssel und Moskau könnte Kaliningrad jedoch von der Osterweiterung wesentlich profitieren, einen wirtschaftlichen Aufschwung erleben und sich auch mit einer Steigerung des Lebensstandards an die Nachbarn annähern. Deshalb ist darüber nachzudenken wie man das Gebiet zu einem Pilotprojekt für die Zusammenarbeit machen kann.

6 Zusammenfassung

Schon der Beitritt Schwedens und Finnlands zur EU im Jahre 1997 hat den Schwerpunkt der Union beträchtlich nach Norden verschoben. Außer anderen klimatischen Bedingungen und großen Entfernungen ergab sich als neue Tatsache, daß die EU eine Außengrenze mit Russland erhielt. An dieser Grenze gibt es riesige Unterschiede im Lebensstandard auf beiden Seiten. Bald wird sich der Schwerpunkt der EU mit dem Beitritt der mittel- und osteuropäischen Länder abermals verschieben, und zwar nach Osten. Damit werden auch Weissrussland und die Ukraine sowie noch einmal die Russische Föderation durch das Gebiet Kaliningrad zur „direkten Nachbarschaft“. Damit entstehen wieder neue Probleme und Herausforderungen, darunter die zukünftige Situation im Oblast Kaliningrad oder die Tatsache, dass die EU positive Verhältnisse zu einem Land gestalten soll, in dem es ein autoritäres Regime gibt (Weissrussland). Im Allgemeinen steht die EU vor der Herausforderung, eine neue östliche Nachbarschaftspolitik auszuarbeiten, die angesichts der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Unterschiede zwischen Westeuropa und den neuen Nachbarstaaten für die Gemeinschaft selbst notwendig und für die neuen direkten Nachbarn attraktiv wäre.

Das Ziel dieser Arbeit war aufzuzeigen, dass in diesem für die EU schwierigen Prozess der Konzipierung einer neuen Ostpolitik die zukünftigen EU-Mitglieder, insbesondere Polen und Litauen, eine aktive Rolle spielen können und auch zu spielen haben. Polen als das grösste EU- Beitrittsland, als Beispiel des erfolgreichen Transformationsprozesses und Vorreiter der Reformen in der Baltischen Region und das kleine Litauen, als engagierter Akteur in die Aufrechterhaltung der positiven Beziehungen zu seinen östlichen Nachbarn, sollen nach dem EU-Beitritt einen erheblichen Einfluss auf die neue östliche EU-Strategie haben. Das bietet sich insbesondere an, wenn man die Tatsache in Betracht zieht, dass die beiden EU-Kandidatenstaaten ein grosses Spezialwissen und jahrelange Erfahrung aus den Kontakten zu den östlichen Ländern haben. Dabei helfen unumstritten sowohl die gemeinsame Geschichte der Staaten, als auch damit verbundene ähnliche Kulturen und Sprachen.

Diese Verhältnisse wurden in der Arbeit am Beispiel der zwei direkten Nachbarn von Polen und Litauen, nämlich Weissrussland und der Kaliningrader Exklave, die Bestandteil der Russischen Föderation ist, dargestellt. Nachdem zunächst die politische, wirtschaftliche und soziale Situation in der ehemaligen Sowjetrepublik sowie dem russischen Oblast skizziert worden sind, wurde die Ostpolitik Polens und Litauens analysiert. Dabei wurde auf die Änderungen im politischen System Weissrusslands und sein autoritäres Regime des Präsidenten Lukaschenka aufmerksam gemacht. Bemerkenswert ist, dass sich die polnische und litauische Politik in Weissrussland wesentlich von der europäischen unterscheidet. Während die EU, ähnlich wie die anderen internationalen Organisationen, angesichts der Einführung des Regime Lukaschenkas die Kontakte mit dem Land auf Minimum begrenzt hat, bemühten sich Warschau und Vilnius ununterbrochen, die internationale Isolierung Weissrusslands mittels verschiedener Regierungs- und Nichtregierungsinitiativen und Aktivitäten zu vermeiden. Auf das Engagement der polnischen und litauischen politischen Eliten, NGOs und anderen Akteuren, ihr Interesse an der Entwicklung der grenzüberschreitenden Kooperation und Gestaltung der Euroregionen mit Weissrussland und Kaliningrader Oblast wurde in der Arbeit ausdrücklich verwiesen. Dabei wurde auch die europäische Debatte um Einführung der EU-Visa erwähnt.

Das grosse Interesse in Warschau und Vilnius an der Einbeziehung von Minsk und Kaliningrad in eine neue östliche Strategie der EU lässt sich an ihren entsprechenden – schon vorm EU-Beitritt gemachten Vorschlägen erkennen. Vor allem schlagen sie vor, eine „Östliche Dimension“ der EU vorzubereiten, die komplementär zur schon relativ entwickelten und positive Effekte bringenden „Nördlichen Dimension“ wäre. Das bietet sich an, weil neue Nachbarstaaten der Gemeinschaft wie Weissrussland oder die Ukraine in die „Nördliche Dimension“ nicht einbezogen sind. Ausserdem wird von Polen und Litauen auf die intensivere Entwicklung der grenzüberschreitenden Kooperation, auf neue Projekte, wie die Gestaltung zwischenmenschlicher Kontakte über die Grenzen hinweg durch finanziell unterstützende Fonds verwiesen.

Polen und Litauen versuchen die EU zu überzeugen, dass die Zusammenarbeit mit den Nachbarn im Osten vorteilhaft für die Gemeinschaft sein wird, weil Osteuropa Investitionen und Technologie vom Westen braucht. Viele Politiker, **wie z.B. der Außenminister Polens Włodzimierz Cimoszewicz, unterstreichen**, dass die zukünftigen östlichen EU- Nachbarstaaten eine wirkliche Chance der näheren Kooperation und Integration mit der EU brauchen. Aus diesem Grund ist eine neue konstruktive europäische Ostpolitik nötig, die mehr als Versprechungen enthält. Europa endet im Osten nicht mit den neuen Grenzen der EU nach der Osterweiterung 2004. Für den Raum im Osten innerhalb und außerhalb der EU müssen Ideen der politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit entwickelt werden. Polen und Litauen denken an ein *Wider Europe* und nicht an einen Eisernen Vorhang, der sie von ihren bisherigen Nachbarn trennt.

Das vielseitige und vieljährige Engagement der EU- Beitrittskandidaten, Polen und Litauen, in die Entwicklung der positiven Beziehungen zum Oblast Kaliningrad und Weissrussland, das sichtbare Effekte bringt und das von Brüssel nach ihrem EU- Beitritt bei der Schaffung der neuen östlichen Nachbarschaftsstrategie genutzt werden soll, kann mit folgendem Satz belegt werden:

„Wir wollen, dass unsere östlichen Nachbarn bemerken, dass Europa nicht auf einem anderen Planeten liegt, sondern direkt hinter dem nicht allzu breiten Fluss Bug beginnt.“¹⁴⁰

¹⁴⁰ Maziarski;

7 Literaturverzeichnis

Aufsätze und Monographien:

- 121. Bergedorfer Gesprächskreis, *Die Ostsee- ein Binnenmeer der Prosperität und Stabilität? Chancen und Grenzen einer regionalen Politik in Nordeuropa*, Helsinki 2001;
- Birckenbach H.-M. / Wellmann Ch., *Kaliningrad: A Pilot-Region for Civil Society Co-operation?*, in: Birckenbach H.-M. / Wellmann Ch., (Hrsg.), *Civil Society around the Baltic Rim*, Kiel 2001;
- **Boratyński J. / Gromadzki G.**, *Uchylone drzwi: wschodnia granica rozszerzonej Unii Europejskiej*, Fundacja im. Stefana Batorego, [Stefan-Batory- Stiftung] Warszawa 2001;
- Burant S.R., *Belarus and the „Belarussian irredenta“ in Lithuania*, in: Nationalities Papers Vol 25, 4/1997, Abingdon 1997;
- Burant S.R., *International relations in the regional context: Poland and its Eastern neighbours – Lithuania, Belarus and Ukraine*, in: Europe – Asia Studies; 45/1993, Abingdon 1997;
- Burant S.R., *Polish – Belarussian Relations*, in: RFE/RL Research Report (München), Vol. 1 37/1992;
- **Ca³ka M.J.**, *Polish Eastern Policy in 1989 – 1997. A preliminary assessment. New challenges and prospects*, in: Aussenministerium der Republik Polen, Yearbook of Polish Foreign Policy 1998, Warszawa 1998;
- **Cichocki B. / Pe³czyńska - Na³êcz K. / Wilk A.**, **„Obwód kaliningradzki w kontekœcie rozszerzenia Unii Europejskiej“**, **Orodek Studiów Wschodnich** [Zentrum für Östliche Studien], Warszawa 2001;
- Cichocki J., *Direct Neighbourhood: Border Issues and Visa Regulations – an Eastern Perspective*, in: Kempe I. (Hrsg.), *Beyond EU Enlargement*, Vol 1, Gütersloh 2001;
- Czubek G. (Red.), *Miêdzynarodowa dzia³alnoœæ polskich organizacji pozarz¹dowych*, Fundacja im. Stefana Batorego, Warszawa 2002;
- Davidonis R., *The Challenge of Belarus and European Responses*, Occasional Papers Nr. 29, The Istitute for Security Studies Western European Union, Paris 2001;
- Garnett S.W. / Legvold R. (Hrsg.), *Belarus at the Crossroads*, Carnegie

Endowment for International Peace, Washington 1999;

- Garsztecki S., *Die Aussenpolitik der polnischen Regierung. Kontinuität in Richtung Europa*, in: Osteuropa 11/12/1998;
- Gerhardt S., *Der polnische Streit um die richtige Ostpolitik*, in: Osteuropa 8/2001;
- Gricius A., *Lithuania and its Belarussian policy*, in: Lithuanian Foreign Policy Review 3/1999;
- Gricius A., *The Belarussian Factor: The Impact on Lithuania's Foreign Policy and on Stability in the Baltic Region*, in: Garnett S.W. / Legvold R. (Hrsg.), *Belarus at the Crossroads*, Carnegie Endowment for International Peace, Washington 1999;
- Gromadzki G. / Osica O., *Proeuropejscy atlantyœci: Polska i inne kraje Europy Œodkowo- Wschodniej po wejœciu do Unii Europejskiej*, Fundacja im. Stefana Batorego, Warszawa 2001;
- Hartelius D., *Kaliningrad: A European Challenge*, in: Baxendale J. / Dewar S. / Gowan D. (Hrsg.), *The EU & Kaliningrad: Kaliningrad and the Impact of EU Enlargement*, Federal Trust, London 2000;
- Hartmann K., *Polen und die weissrussisch- russische „Gemeinschaft“*, in: Osteuropa – archiv, 2/1997;
- Hartmann K., *Warschaus Bemühungen um Weissrussland*, in: Osteuropa 8/1993;
- Huisman S., *A new European policy for Kaliningrad*, Occasional Papers Nr. 33, Institute for Security Studies, Paris 2002;
- Hyndle J. / Kutysz M., *D' Œenia Litwy, Œotwy i Estonii do integracji z NATO i UE a stosunki tych krajów z Rosj¹*, **Oœrodek Studiów Wschodnich**, Warszawa 2002;
- Iwanow N., *Die Polen Weissrusslands*, in: Osteuropa 5/1994;
- Janusauskas R., *Four tales on the King's Hill. The „Kaliningrad Puzzle“ in Lithuanian, Polish, Russian and Western Political Discourses*, Polish Academy of Sciences, Warszawa 2001;
- Karabeshkin L.A., *Complex Approach to the Kaliningrad Challenge: Opportunities for Finding Solutions in Framework of Bilateral and Multilateral Solutions*, nicht publizierter Artikel;
- Kempe I., *Risiken und Herausforderungen jenseits der EU- Erweiterung*.

Eine Strategie für Russland, die Ukraine, Moldova und Belarus, in: Osteuropa 12/2002;

- Korber S., *NATO expansion flashpoint no. 3 Kaliningrad*, Cato Foreign Briefing 46/1998;
- Körber-Arbeitsstelle DGAP Berlin (Hrsg.), GUS-Barometer, *Kaliningrad als Gradmesser der EU-Russland Beziehungen*, Juni 2002, Nr. 31, 8. Jahr;
- Kretinin G., *The Russian- Lithuanian Relationship: the Regional Aspect*, in: Lithuanian Foreign Policy Review, 2(6)/2000;
- Krickus R.J., *The Kaliningrad Question*, in: Lanham, Maryland: Rowman and Littlefield, 2001;
- Ljabezka A., *Aktuelle Analysen: Zur aussenpolitischen Konzeption der demokratischen Opposition in Belarus, Teil 2: Belarus im euro- atlantischen Kontext*, Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln 1998;
- Lopata R./ Sirutavicius V., *Lithuania and the Kaliningrad Oblast: a Clearer Frame for Cooperation*, in: Lithuanian Foreign Policy Review, 3/1999;
- Main S.J., *Kaliningrad 2001*, Conflict Studies Research Centre, 2001;
- Maciejewski A., *Obwód gordyjski*, in: Unia&Polska, 19.03.01;
- Menkiszak M., *Szczyt Rosja - UE: Moskwa uniknęła propagandowej porażki*, in: **Orodek Studiów Wschodnich Warszawa 2002**;
- Najder Z., *The Polish Rastern policy debate*, in: Aussenministerium der Republik Polen, Yearbook of Polish Foreign Policy 2001, Warszawa 2001;
- Naumczuk A. / Cichocki J., *Belarus – ein Blick aus polnischer Perspektive*, in: Bingen D. (Hrsg.), *Deutschland – Polen – Osteuropa. Deutsche und polnische Vorüberlegungen zu einer gemeinsamen Ostpolitik der erweiterten Europäischen Union*, Deutsch- Polen- Institut, Darmstadt / Wiesbaden / Harrassowitz 2002;
- Naumczuk A. / Mironowicz E. / Kazanecki P. / Gromadzki G., *Zapomniany s'wiad- Bia³oruæw kontekœcie rozszerzenia UE na wschód*, Fundacja im. Stefana Batorego, Warszawa 2001;
- Oldberg I., *The Emergence of the Kaliningrad Oblast*, in: Cooperation and Conflict 3/2000;
- **Pe³czyńska - Na³êcz K. / Duleba A. / Poti L. / Votapek V., *Polityka Wschodnia Unii Europejskiej: perspektywa krajów wyszehradzkich. Myœl c***

- o Wymiarze Wschodnim*, Fundacja im. Stefana Batorego, Warszawa 2001;
- Pichor T.D., *Euroregion "Baltic": Ein schwieriger Anfang*, in: *WeltTrends* Nr. 23, Sommer 1999;
 - Piotrowski M.A., *Kaliningrad District: Laboratory for Co-operation or Battleground?*, in: Aussenministerium der Republik Polen, *Yearbook of Polish Foreign Policy 2002*, Warszawa 2002;
 - Sahm A., *Integration, Kooperation oder Isolation? Die Ukraine und Belarus im Vorfeld der EU- Osterweiterung*, in: *Osteuropa* 11/12/2001;
 - Sergounin A., *Kaliningrad, Russia and Europe*, Manuscript prepared for the Carnegie Endowment for International Peace, 2001;
 - **Skrzydło A.**, *Development of transfrontier and interregional cooperation*, in: Aussenministerium der Republik Polen, *Yearbook of Polish Foreign Policy 1997*, Warszawa 1997;
 - **Smukowa E.**, *Belarussische Staatlichkeit heute*, in: Bingen D;
 - Stachura J., *Poland's bilateral relations. Belarus*, in: Aussenministerium der Republik Polen, *Yearbook of Polish Foreign Policy 2002*, Warszawa 2002;
 - Stankiewicz J., *Relations with Belarus*, in: Aussenministerium der Republik Polen, *Yearbook of Polish Foreign Policy 1999*, Warszawa 1999;
 - Timmermann H., *Die russische Exklave Kaliningrad im Kontext regionalen Kooperation*, Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln 20/2000;
 - Ulachowitsch W., *Im Schatten der Europäischen Union und Russland? Die Folgen der EU- Osterweiterung für Belarus*, in: *Belarus – News* 1/2001;
 - Valionis A. / Ignatavicius E. / Brickovskiene I., *From Solidarity to Partnership: Lithuanian – Polish Relations 1988 – 1998*, in: *Lithuanian Foreign Policy Review*, 2/1998;
 - Vitkus G., *Die litauische Ostpolitik – Grundsätze und Probleme*, in: *Osteuropa* 9/10/2002;
 - Witkiewicz Z., *Zur politischen Entwicklung Weissrusslands Oppositionelle Stimmen – veröffentlicht in Polen*, in: *Osteuropa – archiv* 6/1997;
 - **Zajackowski W.**, *Poland and Kaliningrad Region: the Present and Future Prospects for Cooperation*, in: Baxendale et al.;
 - Ziemer K., *Osten ist nicht gleich Osten. Die Beziehungen Polens zur Ukraine, zu Weissrussland und Litauen*, in: Ziemer K. (Hrsg.), *Schwierige*

Nachbarschaften: die Ostpolitik der Staaten Ostmitteleuropas seit 1989, Herder- Institut, Marburg 2001;

- **Ziókowski M.**, *Relations with Belarus*, in: Aussenministerium der Republik Polen, Yearbook of Polish Foreign Policy 1997, Warszawa 1997;
- **urawski vel Grajewski P.**, *Die östlichen Nachbarn Polens*, in: Kempe I. / Meurs van W. / Ow von B. (Hrsg.), *Die EU- Beitrittskandidaten und ihre östlichen Nachbarn*, Gütersloh 1999;

Dokumente:

- Aussenministerium der Republik Litauen, *Lithuania's co-operation with the Kaliningrad Region of the Russian Federation*, unter: http://www.urm.lt/data/5/EF159562_kalin.htm ;
- Aussenministerium der Republik Litauen, *Non- Paper*, Februar und Mai 2003;
- Aussenministerium der Republik Litauen, *Programme of the government of the Republik of Lithuania for 2001 – 2004*, unter: http://www.urm.lt/data/2/EF8475732_vyrians-e.htm ;
- Aussenministerium der Republik Litauen, *Relations between the Republik of Lithuania and Belarus*, unter: http://www.urm.lt/data/5/EF229347_bel.htm ;
- Aussenministerium der Republik Polen, *Non- Paper*, Februar 2003;
- Aussenministerium der Republik Polen, *Sprawozdanie z realizacji zadañ polskiej polityki zagranicznej w 2002 roku*, unter: <http://www.msz.gov.pl/start.php?page=1130700000> ;
- Commission of the European Communities (Hrsg.), Communication from the Commission to the Council. *The EU and Kaliningrad*, Brussels, 17.01.2001, unter: http://europa.eu.int/comm/external_relations/north_dim/doc/com2001_0026en01.pdf
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften (Hrsg.), Mitteilung der Kommission an den Rat. *Die Europäische Union und das Kaliningrader Gebiet*, Brussels, 17.01.2001, unter: http://www.europa.eu.int/comm/external_relations/north_dim/doc/com2001_0026de01.pdf, (deutsche Version);
- Council of Europe, Congress of Local and Regional Authorities of Europe,

Explanatory Memorandum on Fostering Transborder Co-operation in the Kaliningrad Region: A Requirement of Social Cohesion, Strasbourg 2003;

- Council of the European Union (Hrsg.), *Full report on Northern Dimension Policies*, Brussels, 12.06.2001, unter: http://www.europa.eu.int/comm/external_relations/north_dim/doc/full_report.pdf
- Europäische Kommission (Hrsg.), *Abstimmung der Finanzierung im Rahmen von INTERREG und Tacis. Ein Leitfadens*, 2001, unter: http://europa.eu.int/comm/external_relations/north_dim/conf/formin2/intreg_tac_de.pdf
- Europäische Kommission (Hrsg.), *Communication from the Commission to the Council. Kaliningrad: Transit*, Brussels 2002, unter: http://www.europa.eu.int/comm/external_relations/north_dim/doc/com02_510.pdf ;
- Europäische Kommission (Hrsg.), *Joint Statement on Transit between the Kaliningrad Region and the Rest of the Russian Federation*, Brüssel 2002, unter: http://www.europa.eu.int/comm/external_relations/russia/summit_11_02/js_kalin.htm ;
- Kaliningrad-Bericht von Magdalene Hoff, unter: http://www.magdalene-hoff.de/fokus/kaliningrad_2001.html/ ;
- LACE PHARE CBC, *Draft Assessment Report Lithuania – Poland*, 2000, unter: <http://www.aebr.net> ;
- LACE PHARE CBC, *Draft Assessment Report Poland – Belarus*, 1999, unter: <http://www.aebr.net> ;

Presse:

- Bielecki J., *Rusza program pomocy UE dla Kaliningradu*, Rzeczpospolita, 10.07.02;
- **D¹bski W.**, *Wizowy ból głowy*, in: Trybuna, 23.07.02;
- *Dla kogo Europa mówi po polsku?*, in: Rzeczpospolita, 24.06.2000;
- Giard S.Ch., „Der Blick aus dem russischen Kaliningrad geht sehnsüchtig nach Westen“, in: Das Parlament, Nr. 24, 08.06.01
- Grzymiski S., *Polskie konkluzje z kryzysu*, in: Rzeczpospolita, 30.08.1991;

- Janowicz S., *Białoruska mniejszość narodowa w Polsce*, in: *Więź*, 2/1991;
- Maziarski W., *Gdzie jest mój s' siad?*, in: *Gazeta Wyborcza*, 6/7.01.2001;
- Wojciechowski M., *W Warszawie debatowano o Wschodnim Wymiarze UE*, in: *Gazeta Wyborcza*, 22.02.2003;

Webseiten:

<http://www.aebr.net>

<http://www.coe.int>

<http://www.europa.eu.int>

<http://www.europarl.eu.int>

<http://www.lfpr/0002.phtml>

<http://www.msz.gov.pl/biuletyn>

<http://www.online.lt>

<http://www.osw.waw.pl>

<http://www.ruf.rice.edu>

<http://www.unia&polska.pl>